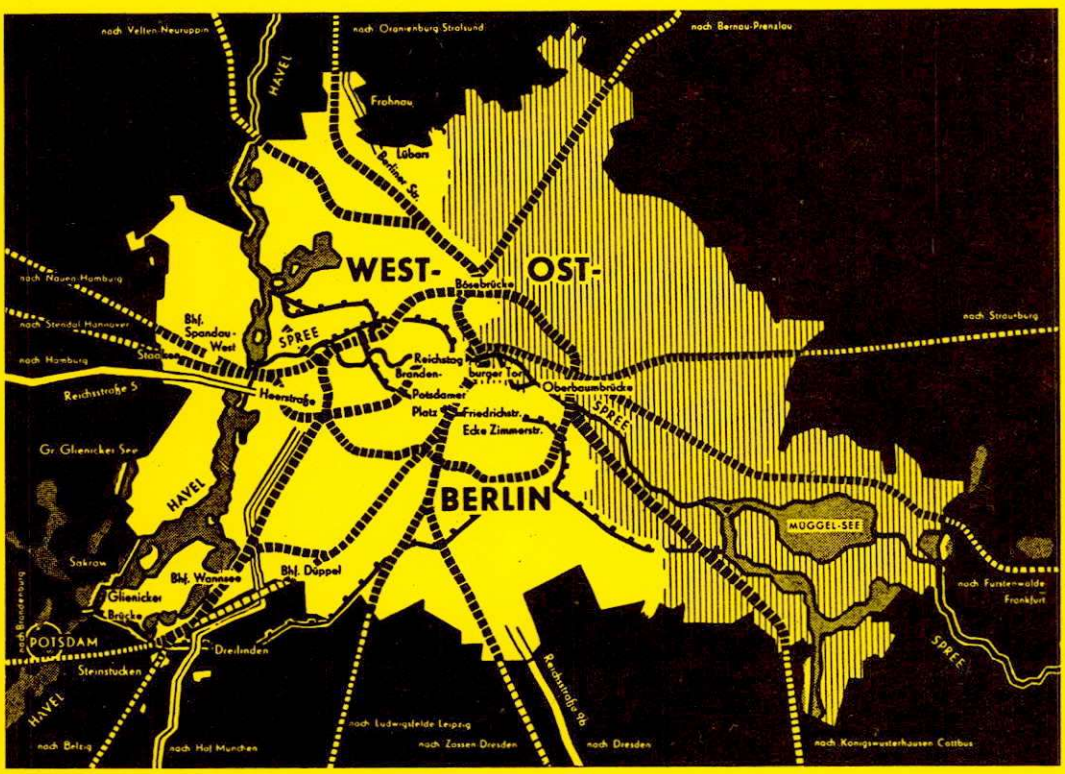
Offene Stadt Berlin

Möglichkeit oder Utopie?



EANOS VERLAG

EANOS-VERLAG, Berlin
1987
Photomechanischer Nachdruck

Verlagsauslieferung:
Bücherei für Geisteswissenschaft und soziale Frage
S-Bahnhof Mexikoplatz, 1000 Berlin 37, Tel. (030) 802 93 04

Offene Stadt Berlin

Möglichkeit oder Utopie?

EANOS VERLAG

Was mit Sicherheit vorausgesagt werden konnte, nämlich die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Status quo für die Berlin- und Deutschlandfrage, zeichnet sich nach der Konferenz von Wien nun deutlich ab. Damit rollt nun die Aufgabe auf den Westen zu, den östlichen Vorschlägen gegenüber eigene konkrete Wege aufzuzeigen, die aus den bestehenden Realitäten heraus Lösungen für diese Fragen deutlich machen. Vor allem aber stellt sich diese Aufgabe vor die Deutschen selbst hin. Es kann nicht die Verantwortung unter Berufung auf das Viermächtestatut immer wieder denjenigen zugeschoben werden, die doch nur im Sinne ihrer eigenen Interessen handeln können. Hier, wo es jetzt um Existenzfragen eines sozialen Lebensraumes für die Deutschen selbst geht, muß die Initiative auch von den Deutschen ergriffen werden. Dabei steht von vornherein fest, daß Gewalt keine Lösung ist, sondern nur den sicheren Untergang bedeutet. Man wird deshalb nicht darum herumkommen, das eigentliche Problem unserer Zeit, den Antagonismus von West und Ost in seiner sozialen Gegensätzlichkeit, zur Grundlage eines Lösungsversuches zu machen. Es ist klar, daß ein solcher Versuch die alten ausgetretenen Denkvorstellungen, aus denen heraus der Gegensatz ja erst entstanden ist, verlassen muß und neue soziale Konzeptionen an ihre Stelle treten müssen. Wenn im folgenden der Versuch unternommen wird, das Berlinproblem im Lichte solcher neuen sozialen Einsichten anzuschauen und daraus konkrete Vorschläge abzuleiten. so geschieht dies im Hinblick darauf, daß der Ernst der Situation rasche und mutige Entschlüsse von uns verlangt. Über die Maßnahmen im einzelnen wird man zu verhandeln haben, wichtig ist nur, daß eine Gesamtkonzeption gefunden wird, die durch die Richtung, die durch sie eingeschlagen wird, auf den Weg zur Gesundung führt.

So wie durch ihre Aufrüstung die Bundesrepublik Deutschland (BRD) in das westliche Verteidigungssystem eingegliedert worden ist, hat sich Rußland die Deutsche Demokratische Republik (DDR) als vorgeschobenes Bollwerk ausgebaut. Die BRD hat die gleiche Funktion im Rahmen der NATO wie die DDR im Warschauer Pakt. — Militärische Erwägungen haben diese Situation herbeigeführt. Sie hatten keine Veranlassung, vor dem Problem eines geteilten Deutschland Halt zu machen, das damit zu einer Tatsache geworden ist, von der man in der Berlin-Krise auszugehen hat. — Über die Existenz zweier deutscher Staaten haben sich der Osten und der Westen ein militärisches und politisches Gleichgewicht geschaffen. Aber dieses Gleichgewicht ist durch eine einzige labile Stelle gefährdet: West-Berlin.

Die so entstandenen militär-politischen Tatsachen haben den sozial-politischen Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten überschattet und zugedeckt. Die politische Forderung der Wiedervereinigung — ob sie nun von der einen oder anderen Seite kommt — stößt unerbittlich gegen die übergelagerten militärisch-machtpolitischen Tatbestände. Hinter der Vorstellung, sie mit Gewalt durchzusetzen, erhebt sich deshalb der Alp einer atomaren Weltvernichtung. — Die Berlin-Krise hat diesen Sachverhalt erst voll deutlich werden lassen. Damit hat sich eine neue Entwicklung angebahnt. Sie kann ebenso in die Katastrophe wie in eine Entspannung führen.

Durch den ultimativen Vorstoß Chruschtschows in der Berlin-Frage ist die labile Stelle im militärisch-politischen Gleichgewicht der Weltmächte unwiderruflich sichtbar geworden. Sie wurde bis dahin durch die Illusion verschleiert, die westdeutsche Aufrüstung habe, zusammen mit der Garantie der Westmächte, einen zwar vorläufigen, aber erträglichen Zustand für West-Berlin geschaffen. Nun hat es sich aber gezeigt, daß nicht in gleicher Weise wie durch die Spaltung der beiden deutschen Staaten es auch in Berlin möglich ist, das militärisch-politische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, — wenn Rußland, wie es mit seinem Vorstoß zum Ausdruck brachte, den Status quo in West-Berlin geändert wissen möchte.

Die Lage von West-Berlin innerhalb der DDR schafft für die UdSSR die Handhabe — ohne Auslösung militärischer Konsequenzen, das heißt ohne zunächst im großen gesehen das militärische Gleichgewicht zu stören —, einen politischen Schachzug zu machen, der von historischer Bedeutung werden könnte. Denn es ist ja nun zur Gewißheit geworden, daß die UdSSR mit der DDR einen Separatfrieden abschließen wird, falls sich die Westmächte weiterhin weigern sollten, über eine Änderung des Status von West-Berlin zu verhandeln. — Bis heute hat die westdeutsche Politik den von östlicher Seite ziemlich deutlich vorgetragenen Vorschlägen zur Änderung des Status von West-Berlin nur den Willen zur Aufrechterhaltung des Status quo entgegengesetzt und sich die Richtigkeit dieser Haltung bei jeder Gelegenheit von den westlichen Staatsmännern bestätigen lassen. Aber die Entwicklung eilt infolge der Bewegungsfreiheit der russischen Politik in bezug auf den Abschluß des Friedensvertrages mit der DDR rasch einem dramatischen Höhepunkt entgegen.

Mit dem Friedensvertrag würde die russische Politik nur den letzten Schritt tun, der zu einer Außerkraftsetzung des Vier-

mächtestatuts führen müßte. Durch dieses ist Rußland unmittelbar (und mittelbar in bezug auf etwaige aggressive Absichten der DDR) ein Mitgarant für die Erhaltung des Status von West-Berlin. Der Friedensvertrag mit der DDR würde dieser Mitbeteiligung ein Ende setzen.

Die Problematik des Garantieversprechens

Wenn der Status quo für West-Berlin aufrechterhalten werden soll, so hat das zur Voraussetzung, daß auch der einseitige Friedensvertrag Rußlands mit der DDR unterbleibt; denn durch ihn würden wesentliche Entscheidungen der Zuständigkeit der DDR übertragen. Können aber die Westmächte einen Friedensvertrag Rußlands mit der DDR wirklich verhindern? Schließt jedoch die UdSSR allein einen Friedensvertrag mit der DDR und legt sie damit das Gesetz des Handelns, wenn auch mit der Möglichkeit der Steuerung, in die Hände der DDR, dann wird damit die These Chruschtschows, die Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten selbst, zu einer unausweichlichen Tatsache gemacht. Die deutschen Teilstaaten, die dann unvermittelt in ihrer Gegensätzlichkeit einander gegenüberstehen — ohne eine für beide Seiten offene Gesprächsplattform —, werden dann nicht mehr imstande sein, Probleme ihres Zusammenlebens in der bisherigen Weise zu lösen. Sie können sich andererseits auch nicht mehr wie bisher mit Hilfe des Status quo an den Problemen vorbeidrücken. Das Ziel ist klar: Die UdSSR will durch den Friedensvertrag mit der DDR die gefährlich schwelende Problematik der beiden deutschen Staaten in eine Entscheidungsphase hineinzwingen. Demgegenüber ist das Festhalten am Status quo ein illusionäres Selbstberuhigungsmittel.

Die Tendenz der östlichen wie auch der westlichen Weltmächte, sich von dem Gefahrenbereich der explosiven Probleme der Bundesrepublik zu distanzieren, deutet darauf hin, daß man „im Ernstfall" die Deutschen ihre Gegensätzlichkeiten unter sich austragen lassen wird, wenn auch — nach bekanntem Schema — mit militärischer Unterstützung durch ihre Verbündeten. — Diese Distanzierungstendenz läßt indessen die Garantieerklärungen des Westens für West-Berlin in zunehmendem Maße fragwürdig erscheinen. Daran kann auch das Pochen auf diese Garantien und der Glaube an sie nichts ändern. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen: Die beiden Machtgruppen wollen und werden sich wegen West-Berlin nicht in einen Atomkrieg verwickeln lassen.

Auf diesem Hintergrunde muß der Wert des Garantieversprechens der Westmächte für den Status quo in West-Berlin beurteilt werden. Gewiß, das Versprechen ist immer wieder bestätigt worden. Aber was haben wir damit für die Wirklichkeit gewonnen? Ist die Bedrohung West-Berlins in einer den sofortigen Gegenschlag auslösenden Form heute überhaupt noch das Hauptproblem in den politischen Überlegungen? Muß man nicht vielmehr annehmen, daß die Abschnürung West-Berlins in sehr behutsamer Form und in kleinen Schritten sich vollzieht, so daß der Anlaß zu einem unmittelbaren militärischen Schritt gar nicht gegeben erscheint? Auch bietet das Garantieversprechen keine Sicherheit dafür, daß der heute schon „unmögliche" Zustand West-Berlins in Zukunft nicht noch unerträglicher wird. Nach Abschluß des Friedensvertrages mit der DDR würde dann allerdings die Schuld daran uns Deutsche allein treffen, und wir selbst hätten die politischen Folgen zu tragen, die man aus einer solchen „Selbstschuld der Deutschen" ziehen kann und zweifellos auch ziehen wird. Denn welche Regierung würde nicht bereit sein, mit einem Hinweis auf die deutsche Selbstschuld, ihr Garantieversprechen aufzuheben, wenn dadurch das eigene Volk vor einem vernichtenden Atomkrieg bewahrt werden kann! Die Garantieverpflichtung für West-Berlin wird also in dem Maße fragwürdig, wie die Konfliktlage sich verschärft und in einen Weltkrieg auszulaufen droht.

Ein „möglicher" Zustand

Die Ausnahmesituation West-Berlins ist also zu einer Gefahr geworden. Nun gibt es heute Meinungen und Kräfte auch im Westen, die glauben, daß die innerdeutschen Probleme letzten Endes doch nur mit Gewalt gelöst werden könnten. Durch das starre Festhalten am Status quo müssen sich Situationen ergeben, die solchen Vorstellungen von einer notwendigen Gewaltlösung entgegenkommen und auf sie zutreiben. So läuft man Gefahr, aus einer „unmöglichen" Situation den Anlaß zu einer unmöglichen „Lösung" zu schaffen.

Heute wäre indessen das genaue Gegenteil notwendig, nämlich eine offene Situation zu schaffen, die es ermöglicht, eine konstruktive Lösung für ganz Mitteleuropa einzuleiten.

Seit dem Zeitpunkt der Beendigung der Luftbrücke nach der Blockade ist eine fortschreitende Abschließung West-Berlins gegenüber der DDR festzustellen. Die unmittelbaren menschlichen Kontakte über die Grenzen hinweg sind im Laufe der Jahre immer geringer geworden. Die Aufrechterhaltung des Status quo aber wird nicht verhindern können, daß sie noch mehr zum Einfrieren kommen. Das liegt nicht allein an der Unverträglichkeit der beiden Systeme, da ja in diesem Falle der Teilung Deutschlands die Menschen auf beiden Seiten Glieder desselben Volkes sind; es liegt ebensosehr an den politischen Zwangsläufigkeiten des „unmöglichen" Zustandes von West-

Berlin. Es steht deshalb fest: Über den Status quo ist ein friedlicher Ausweg aus der Sackgasse nicht zu erkennen! Es muß deshalb untersucht werden, welche anderen Wege beschritten werden können und ob in dem zunächst nebulosen Begriff „freie Stadt", der zu Chruschtschows Konzept gehört, eine konstruktive Lösung enthalten sein könnte.

Der Gedanke an eine „freie Stadt" als Status für West-Berlin erschreckt den in Sicherheitsvorstellungen denkenden Menschen, weil sich damit zugleich die Vorstellung von Schutzlosigkeit in einer aggressiven Umwelt anschließt und in der Gedankenverbindung mit Danzig ein Trauma heraufbeschworen wird. Was aber meint der Begriff der Freiheit im Zusammenhang mit dem Status einer „freien Stadt" in Wirklichkeit? Vor allem: Verkehrsfreiheit, Wiederherstellung der Freizügigkeit, Offenheit an Stelle von Abgeschlossenheit.

Es sollte deshalb die inhaltlose Vorstellung „freie Stadt" durch das Verhandlungsziel „offene Stadt" ersetzt werden! Die Wiederherstellung der „Offenheit" Berlins wäre jedoch an Bedingungen zu knüpfen und bedarf der Garantien.

In dem politischen Ringen um die Verkehrsfreiheit in Berlin wird es darauf ankommen, in positiver Weise von den Möglichkeiten, die das Viermächtestatut bietet, auszugehen, wobei aber die Vertragsverhältnisse zwischen den Mächten der veränderten Situation anzupassen sind, wenn sie wirksam sein sollen. Durch das Viermächtestatut war nach dem Kriege noch eine relative Freizügigkeit in Berlin gewährleistet. Seine Garantien haben bis jetzt wesentlich zur Erhaltung und zum Ausbau des westorientierten Status von West-Berlin beigetragen. Der Vorstoß Chruschtschows zieht jetzt daraus die Konsequenzen. Hier entsteht die Gegenfrage: Wird Chruschtschow auch bereit sein, wenn die „Entgleisung" West-Berlins nach dem Westen durch eine Wiederherstellung der Selbständigkeit Berlins zurückgenommen wird, auch die „Entgleisung" Ost-Berlins in die DDR hinein rückgängig zu machen? Denn das würde die Aufhebung der Sektorengrenzen durch Berlin zur Folge haben können. Sicher ist eine solche Bereitschaft nicht erreichbar, solange Rußland befürchten muß, daß mit diesem Schritt auch Ost-Berlin dem westlichen Teil einverleibt und mit ihm zusammen der BRD angegliedert werden könnte. Entsprechende Garantien sind deshalb zu Erhaltung des Gleichgewichtes unvermeidlich. Es gehört zur sozialen Gesetzmäßigkeit, daß Weltgegensätzlichkeit nach einem mittleren offenen Raum verlangt. Ohne diesen ist das bedrohte Gleichgewicht nicht wiederherzustellen.

„Mitte sein" ist also eine echte Aufgabe und damit ein „möglicher" Zustand, wenn er als solcher gewollt wird. Die Weltlage nötigt die beiden großen Mächte, den Status der Mitte als „möglichen Zustand" zu wollen. So gesehen, lautet für uns die Frage: Wollen ihn auch die Deutschen und die Berliner selbst? Sollten sie ihn jedoch nicht wollen — was dann? Die beiden Weltmächte können sich auch ohne eine Lösung des Berlin-Problems über den Kopf der Deutschen hinweg verständigen und eine „Lösung" finden, die allerdings eine Wiedervereinigung nicht einschließen wird. Von uns dagegen fordert die Berlin-Krise den Willen zu einer neuen Konzeption. Versagt man sich dem, so scheint die Katastrophe so oder so unvermeidlich.

Es käme also darauf an, dem Vorschlag Chruschtschows, West-Berlin zu einer „freien Stadt" zu machen, einen Gegenvorschlag entgegenzusetzen, nämlich Gesamt-Berlin in den Status einer „offenen Stadt" einzubeziehen. Ob die UdSSR darauf eingeht, wird wesentlich davon abhängen, welchen Inhalt dieser Status einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" erhalten soll.

Möglichkeiten einer Koexistenz beider Systeme

In einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin", so wird man sagen, müssen alle Gegensätze des kommunistischen Systems der DDR und des kapitalistischen Systems Westdeutschlands in ihrer Unvereinbarkeit aufeinanderstoßen. Das müßte erst recht zu Gewaltlösungen herausfordern. Betrachtet man aber die Frage der Möglichkeit einer Koexistenz beider Systeme unter dem Gesichtspunkt, daß es sich vor allem um die Aufrechterhaltung des militärisch-politischen Gleichgewichtes der Weltmächte handelt, dann wird auch diese Frage der Koexistenz zu einer Frage der Garantie dieses Gleichgewichtes. — Keine der beiden großen Mächtegruppen wird zulassen, daß die andere im Kampf um Berlin einen Kräftegewinn erzielt. Keine wird bereit sein, einen Prestigeverlust in Kauf zu nehmen. Aber sie könnten zur Aufrechterhaltung des bestehenden Gleichgewichtes willens sein, eine Entspannung derart herbeizuführen, daß von jedem der beiden deutschen Teilstaaten der Verzicht einer Einflußnahme auf eine „Offene Stadt Gesamt-Berlin" geleistet wird. Dies wäre durch eindeutige Garantieverpflichtungen der am Gleichgewicht interessierten Weltmächte für einen noch näher zu kennzeichnenden offenen Status von Gesamt-Berlin zu sichern. Eine solche Regelung müßte also die Unterschrift aller vier Partner tragen. Dies alles läuft aber auf die Frage hinaus, ob es überhaupt möglich ist, die Koexistenz der beiden Systeme auf dem Territorium einer Stadt wie Gesamt-Berlin zu realisieren. Geht man von dem Begriff der freien Stadt aus und sucht gedanklich Anleihen an ähnliche geschichtliche Beispiele, zum Beispiel Danzig, so gerät man auf einen

Fehlweg. In Berlin kann es sich nicht um ein ähnliches selbständiges Staatswesen wie Danzig handeln, sondern um eine Art Zwischenglied, dessen Funktion nicht darin besteht, Nationalitäten zu trennen, herauszuisolieren, sondern dessen Aufgabe gerade in der Vermittlung besteht. Durch einen solchen Status von Gesamt-Berlin soll gerade wieder eine Verbindung zwischen den beiden deutschen Staaten geschaffen werden. — In einem derart auf „Vermittlung" hinzielenden System einer Selbstverwaltung für die „Offene Stadt Gesamt-Berlin" treten zwei Problemgruppen auf: Die Koexistenz der beiden Systeme West- und Ost-Berlins und die Koexistenz der „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" mit den beiden deutschen Staaten und dem Ausland. Sie erscheinen zunächst beide gleich schwierig und unlösbar.

Die Koexistenz von Ost- und West-Berlin in einem Verwaltungskörper — wie er sich ja dann für Gesamt-Berlin ergeben würde — ist dabei von primärer Bedeutung. Als scheinbar unvereinbare Gegensätze treten auf:

> Produktionsmittel in privater Hand und als Volkseigentum (in zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen, die beide für sich in Anspruch nehmen, sozial zu sein),
>
> Westlicher Parteienstaat und östlicher Staatszentralismus (die sich beide Demokratie nennen),
>
> Westliches und östliches Kultur- und Erziehungswesen (die den gleichen geschichtlichen Entwicklungskräften entstammen, staatsabhängig und utilitaristisch orientiert sind).

Diese Gegensätzlichkeiten aber werden erst dadurch unlösbar, daß sie innerhalb unserer einheitsstaatlichen Struktur jeweils zum politischen Dogma gemacht werden, welches dann mit Hilfe einer zentralistischen Verwaltung den ganzen Umfang der sozialen Lebensfunktionen vergewaltigt und eine sachliche Auflösung der Gegensätze unmöglich macht.

Produktionsmittel können sowohl in privater Hand als auch in den Händen der Gemeinschaft große Leistungen hervorbringen. Es kommt dabei im wesentlichen auf die Menschen an, die mit ihnen arbeiten. Können wirtschaftliche Aufgaben in Angriff genommen werden, ohne daß sie politischen oder ideologischen Zielsetzungen dienen müssen, so spielen die Gegensätzlichkeiten von Privat- oder Gemeineigentum keine entscheidende Rolle mehr.

Ebenso verhält es sich auch mit der Freiheit der Bildung und der Weltanschauung. Sie wird selbstverständlich werden, wenn das Kulturleben aus der Zwangsjacke eines politischen Zentralismus entlassen wird, der es heute unfrei macht.

Wird aber die zentralistische Staatsverwaltung in dieser Weise von wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben entlastet, so findet der staatliche Bereich durch diese Entfunktionalisierung seine ureigenste Sphäre wieder, nämlich die Pflege des Rechtes in demokratischer Weise. Erst in dieser Beschränkung können wir von einem Rechtsstaat sprechen.

Koexistenz beider Systeme in einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" ist somit denkbar auf der Grundlage eines Grundgesetzes, das der Wirtschaft Selbstgestaltung durch autonome Organe auferlegt, dem Staate in der Beschränkung auf die demokratische Rechtspflege Grenzen setzt und durch ein sich selbst verwaltendes Kultur- und Erziehungswesen dem individuellen Menschen die Freiheit seiner Meinung und Weltanschauung verbürgt.

Prinzipien einer Staatsverfassung Gesamt-Berlins

Für eine „Offene Stadt Gesamt-Berlin" kann deshalb eine zentralistische Verwaltung, die in sich den Gegensatz der beiden Systeme trägt, nicht in Frage kommen. Zentralismus wäre in diesem Falle kein gesellschaftliches Ordnungsprinzip; eine zentrale Verwaltung muß mit sich eins sein, nicht in sich gespalten. Eine demokratische Verwaltung aber ist nur dann „eins mit sich selbst", wenn sie das Instrument einer Rechtspflege ist, die frei ist von Interessen und Ideologien. Angesichts der besonderen Situation Gesamt-Berlins fällt ihr die Aufgabe zu, diejenigen Rechte und Verpflichtungen ihrer Bürger zu gewährleisten, die sich aus der — im Einvernehmen mit den Garantiemächten — festgelegten Verfassung ergeben. In Vereinbarungen, welche die Verkehrsfreiheit einerseits und die Grenzen der politisch-ideologischen Betätigung ihrer Bürger andererseits festlegen, könnte das politisch-militärisch-ideologische Gleichgewicht der Garantiemächte seinen politisch-existentiellen Niederschlag in seiner Begrenzung auf das Rechtsgebiet finden.

Eigene Machtpolitik zu treiben, käme einer staatlichen Verwaltung einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" nicht zu. Eine solche Verfassung aber würde den Parteien auch nicht mehr Veranlassung geben, in der Eroberung einer zentralistischen Machtspitze ihr politisches Ziel zu sehen.

Eine auf die Selbstgestaltung ihrer Ordnung und Aufgaben hinorientierte Wirtschaft findet erst ihre eigentlichen Gesetze und ihren sozialen Charakter im Ausgleich der Interessen auf dem Wege von Verhandlungen. Dadurch wird sich das verschiedenartige Eigentum an den Produktionsmitteln im Ost- und Westteil der Stadt, das unberührt bleiben soll und im Berlin-Statut zu garantieren wäre, weder als ein trennender Graben noch als die Ursache für einen Gegensatz der

beiden erweisen. Ein Zustand, ähnlich dem des Volkswagenwerkes bis vor kurzem (ohne Eigentumsrechte, aber mit dem Verfügungsrecht der darin Arbeitenden), ist für die Produktionsmittel eine neutrale Struktur, solange nur die darin Arbeitenden, nicht aber der Staat, über sie verfügen. Diese werden sich dann auch in allen Fragen mit den Betrieben, die sich in Privateigentum befinden, wirtschaftlich arrangieren, solange es nur um den Ausgleich der beiderseitigen Interessen geht.

Wenn auch das Erziehungswesen auf sich selbst gestellt wird und seine Arbeit nicht staatlichen oder ideologischen Gesichtspunkten unterwerfen muß, so werden für es ausschließlich pädagogische Grundsätze maßgeblich sein. Es findet dann in den rein pädagogischen Notwendigkeiten und Methoden die ihm gemäße Ordnung und Struktur. Ein Selbstverwaltungskörper des Erziehungswesens, der in eigener Verwaltung und Verantwortung über die Mittel verfügt, die ihm ohne Bedingungen zufließen, würde in sich selbst die gegensätzlichen Kräfte durch die rein sachlich-pädagogische Ebene, auf der sie sich dann allein noch begegnen, neutralisieren und sich dadurch für die eigentliche, nämlich pädagogische Aufgabe freimachen können. Das autonome Kulturleben würde dann in seinen Erscheinungsformen das zutage fördern, was das Erziehungswesen aus den rein menschlichen Kräften zu entfalten und zu entwickeln vermag.

Der entpolitisierte Charakter der „Offenen Stadt"

Wer das gegenwärtige Spiel der Kräfte in der Welt ohne nationalistische oder ideologische Vorurteile zu betrachten vermag, wird es als sinnlos ansehen müssen, eine „freie Stadt Berlin" als ein macht-politisches Staatswesen errichten zu wollen, das als solches politische Wege der Koalition mit Machtgruppen „frei" zu gehen in der Lage wäre. Eine „freie Stadt Berlin" wäre in diesem Sinne als politisches Gebilde weder zu erreichen noch zu halten. In einer *entpolitisierten* Stadt Berlin dagegen bauen sowohl die beiden dominierenden Weltmächte wie auch West- und Ostdeutschland ihren Einfluß gleichmäßig ab, eine *„Offene Stadt Gesamt-Berlin"* liegt deshalb im beiderseitigen Interesse. Die übergeordneten Garantien der beiden Weltmächte für diese Offenheit sind die Handhabe gegen eigenmächtige politische Übergriffe aus den vorgeschobenen Positionen der Großmächte in der BRD und der DDR. Berlin ist im Gleichgewicht der Mächte heute nur deshalb die „labile" Stelle, weil es zur Zeit als „Politikum" dazwischenliegt. Als solches kann es auch einer künftigen Wiedervereinigung nicht dienen, sondern nur dazu beitragen, sie zu verhindern. — Gewiß werden sich die drei souveränen Glieder der „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" — die Wirtschaftsverwaltung, die staatliche Rechtspflege und die Organisation des Kulturlebens —, in einer solchen unpolitischen Konstitution eines Gemeinwesens auch in einer zentralen Einrichtung zusammenfinden müssen, um ihre gegenseitigen Belange durch Verhandlungen immerfort abzugrenzen und festzulegen. Aber diese koordinierende Verwaltung hat nicht mehr den politischen Charakter des omnipotenten Staates, da ihr dafür Machtfülle und Zuständigkeit fehlen. Daß sie fehlen, ist gerade das entscheidende Moment für die „Offenheit" und für die Erhaltung einer Mittlerrolle, deren Wesen und Ziel nicht die Freiheit in einem nationalpolitischen, sondern im rein menschlichen Sinne ist. Die funktionell aufgegliederte Struktur der Selbstverwaltung einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" ist die Voraussetzung und die „mögliche Grundlage für das Verhältnis dieser Stadt zu ihren Nachbarn und zu der internationalen Welt. In dreifacher Weise könnte so Berlin mit seiner Umwelt Beziehungen pflegen, wenn die Souveränität der drei Aufgabenbereiche nicht durch politischen Zentralismus gestört wird.

Man kann sich zwar heute kaum vorstellen, daß ein souveränes, auf Selbstgestaltung gegründetes Wirtschaftsleben seine regulären Beziehungen zu den anderen Wirtschaftsgebieten der Welt direkt, das heißt ohne die Priorität und Macht des Staates, regeln könnte. Aber es geht ja nicht darum, die Rechtsfunktion des Staates auszuschalten, sondern sie gerade für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung in den Wirtschaftsbeziehungen der Wirtschaftszweige untereinander und zur Weltwirtschaft einzuschalten. Dagegen muß den sachkundigen Persönlichkeiten und Institutionen der Wirtschaft der Inhalt der vertraglichen Regelungen überlassen bleiben, da der politische Machtstaat seinem Wesen nach nicht das geeignete Instrument darstellt, diese Beziehungen dem sachlichen Inhalt nach von sich aus zu gestalten. Dasselbe gilt auch für die Beziehungen, die das Kulturleben mit der Umwelt zu pflegen hat und pflegen will. Denn erst die Tatsache, daß heute die Gespräche der Völker über die Ordnung ihrer Beziehungen im Ganzen nur über die Vertreter der politischen Macht laufen, so daß diejenigen des Geisteslebens ohnmächtig und vom Machtstaat abhängig sind, schafft den Nährboden für die Zwangsherrschaft der Ideologien.

Ist die „Offene Stadt" lebensfähig?

Angenommen, eine solche Verfassung gewährleistet die allseitige Verkehrsfreiheit Gesamt-Berlins (weil sie für die beiden Garantiemächte und ihre Verbündeten politisch indifferent ist) und begründet zugleich die politische Sicherheit Berlins als „Offene Stadt", so bleibt die Frage, ob Berlin in dieser Offenheit auch existenzfähig wäre. — Nach dem un-

mittelbaren Eindruck der bedeutenden Produktionsstätten Berlins, der Rührigkeit und Intelligenz seiner Bevölkerung, müßte dies durchaus der Fall sein. Gleichwohl ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, die Lebensfähigkeit Berlins sei von finanziellen Zuwendungen der Bundesrepublik abhängig.

Demgegenüber sei festgestellt: Die Produktionskraft von West-Berlin allein ist in der Lage, heute den Haushaltsbedarf West-Berlins schon annähernd zu decken. Die Statistik für 1960 weist aus:

Ordentlicher Haushalt	2 932 662 000,— DM
Außerordentlicher Haushalt	449 812 000,— DM
Steueraufkommen:	
Landes- und Gemeindesteuern	1 444 400 000,— DM
Bundessteuern (erhält der Bund)	1 738 400 000,— DM
Wirtschaft:	
Industrieproduktion (ohne Kleinbetriebe)	9 520 316 000,— DM
davon Industrie-Export	883 353 000,— DM
Gesamtexport	1 223 393 000,— DM

Durch das dritte Überleitungsgesetz fließen die Bundessteuern im Rahmen der Bundeshilfe (§ 16) an West-Berlin zurück. Darüber hinaus erhält West-Berlin Leistungen des Bundes im Rahmen der Nachkriegs-Entschädigungen und -Lasten (wie die andern Länder der Bundesrepublik) und im Rahmen des Aufbau-Programms, davon einen Teil als Kredite. — Der Struktur nach dürfte sich für den Ostteil der Stadt ein Bild ergeben, das unter Berücksichtigung der anderen Verhältnisse sich nicht wesentlich von demjenigen West-Berlins unterscheidet.

Es fragt sich weiterhin, ob für die Beschäftigungslage durch den Status einer offenen Stadt nicht eine Veränderung zum Schlechteren eintreten könnte. Das ist kaum zu befürchten, wenn vor allem das Zahlungs- und Währungsverhältnis zu den beiden Teilen Deutschlands geordnet ist. Vielleicht würde sogar eine umgekehrte Entwicklung eintreten.

Der Wegfall vieler Hemmungen, die stimulierende Wirkung der Offenheit nach allen Seiten, das Fehlen einer nationalistisch-imperialistischen Tendenz, — all das vermag noch weitere Möglichkeiten zu schaffen, sowohl in der Ausnutzung der wirtschaftlichen Kapazität als auch hinsichtlich der kulturellen und geistigen Anziehungskraft, welche die Stadt in einer Phase der Entspannung wieder ausstrahlen würde. Sie könnte zu einem internationalen Anziehungs- und Treffpunkt werden und damit ihrerseits Wesentliches beitragen zum Abbau der Spannungen in der Welt. — Mit diesem Bilde einer wieder attraktiv gewordenen offenen Stadt sind jedoch noch äußere Probleme übersprungen, die vorher gelöst werden müßten.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte und Maßnahmen

Die „Offenheit" von Gesamt-Berlin ist erst dann vollständig, wenn für seine Währung sowohl der BRD als auch der DDR gegenüber volle Konvertibilität besteht. — Das heutige Währungsgefälle zwischen West-Berlin und der DDR hat seine Ursache in der Unvollständigkeit der Versorgungslage in der DDR. Man wird diese im ganzen nicht schlagartig beseitigen können. Wenn Ost- und West-Berlin zur „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" aber vereinigt würden, dürfte sich dagegen die Niveau-Differenz in der Güter-Versorgung fast unmittelbar mit der Verlegung der Währungsgrenze an die Stadt-Zonengrenzen ausgleichen. Die Waren-Überversorgung im West-Sektor, zusammengesehen mit der begrenzten Kaufkraft der Bevölkerung, würde es kaum zu Schwierigkeiten kommen lassen, wenn von der Kreditseite her Vorsorge getroffen wird, daß die Waren-Versorgung des östlichen Stadtteiles derjenigen des westlichen unverzüglich angeglichen werden kann.

Als größeres Problem erscheint die Frage der Konstitution der Staatlichen Handels-Organisation (HO), für welche der bisherige staatliche Träger in der dargestellten Konstitution Gesamt-Berlins in Wegfall käme. Es wäre aber auch für diesen Bereich verhältnismäßig einfach, die Funktion des Staates im Handel einem System von Genossenschaften der Handelsstufe zu übertragen, die sich assoziativ auf der einen Seite zur Produktion (und zwar unabhängig von deren Besitzverhältnissen), auf der anderen Seite zum Konsum (in allen Fertigungsstufen) hin orientieren und mit beiden zu Vertragsschließungen auf sachlicher Ebene kommen können.

Gewiß ist eine solche Assoziation aus Händlern, Produzenten und Konsumenten (aller Stufen) als Organisationsprinzip in der Wirtschaft etwas Neues zwischen dem westlichen System der organisierten Interessen und dem östlichen mit zentraler Wirtschaftsplanung. Wer die Nachteile beider Systeme ehrlich zugeben kann, wird vielleicht auch erkennen, daß in einem staatsfreien, assoziativen Wirtschaftsaufbau ein gesundes Prinzip enthalten ist, um den in der Arbeitsteilung auseinandergelegten Wirtschaftsprozeß organisch wieder zusammenzufügen. — In einer solchen Selbstgestaltung auf assoziativer Grundlage kann diese Wirtschaft mit Leichtigkeit und unverhältnismäßig reibungslos mit anderen Wirtschaftsformen zusammenarbeiten, weil sie freie Elastizität und soziale Verpflichtung miteinander vereinigt und den Ausgleich der polaren Interessen von Produktion und Konsumtion durch die organische Zuordnung herbeiführen kann.

Durch die Verkehrsfreiheit für Gesamt-Berlin aber besteht begründete Aussicht, daß

sich die Währungen von Berlin, BRD und DDR bis zur freien Konvertibilität angleichen werden, wie es heute schon bei einem Dutzend Staaten der Fall ist, wo die Probleme gewiß nicht geringer gewesen sind. (Es gab schon einmal DM-Noten mit dem Aufdruck „Berlin", sie zirkulierten ohne Störung, bis sie ersetzt waren.) — Mag es auch vorübergehend nötig sein, die Grenze der „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" nach beiden Seiten Deutschlands als Zoll- und Währungsgrenze zu behandeln, so wird auch dies doch nur von kurzer Dauer sein. Gerade die engen Beziehungen der Produktion des heutigen Ost-Sektors zur DDR und zum Osten und der des heutigen West-Sektors zur BRD und zum Westen bietet eine reale Ausgleichsgrundlage dafür. daß Gesamt-Berlin diese Zoll- und Währungsgrenze nicht nötig hat.

Wer dies für utopisch hält, weil heute die DM-Ost im Verhältnis zur DM-West etwa wie 4 : 1 gehandelt wird, bedenkt nicht, daß dieses Bewertungsverhältnis nur ein Ergebnis der gegenwärtigen Grenzsituation zwischen West- und Ost-Berlin ist und damit wesentlich bedingt durch Verhältnisse, die sich durch die Abschnürung West-Berlins und die Sektorengrenze erst ergeben haben. Diese Währungsdifferenz, die sich durch die Unnatürlichkeit der Teilung Berlins im Wechselkurs eingestellt hat, ist keine reale; sie trügt in bezug auf die innere Kaufkraft der DM-Ost, wovon man sich an Hand der Warenpreise (auch an Hand der Speisekarten in Ost- und West-Berlin) überzeugen kann. Wenn auch einzelne Warengattungen differieren können, so entsprechen doch die Lebenshaltungskosten im Ost- und Westsektor nicht der Parität 4 : 1. Wahrscheinlich würde dieses Währungsgefälle nach der Wiederherstellung von Gesamt-Berlin in einer offenen Stadt auch in einer wesentlich abgeschwächten Form überhaupt nicht mehr in Erscheinung treten. Die „Offenheit" von Berlin müßte zur Folge haben, daß naheliegende, das heißt früher vorhandene wirtschaftliche Beziehungen zur Umgebung, die heute nur noch mittelbar über das Interzonen-Abkommen in bescheidenem Umfange aufrechterhalten werden, unmittelbar und organisch wieder aufleben würden. Man bedenke doch, welche naturwidrigen Eingriffe in den Organismus einer Großstadt und in ihre Beziehungen zu ihrer natürlichen Umgebung die künstlichen Grenzen von heute mit sich gebracht haben! Alle diese Überlegungen lassen deshalb den Schluß zu, daß die Lebensverhältnisse und damit auch die Währungsverhältnisse zwischen den drei Gebieten sich durch die „Offene Stadt Gesamt-Berlin" rasch ausgleichen und stabilisieren würden.

Die Chance der Wiedervereinigung

Vermutlich wird man schnell bei der Hand sein, diese Gedanken gerade unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands abzulehnen. Da man sich die Wiedervereinigung nur in Verbindung mit einem totalen Systemwechsel, — entweder im westlichen oder im östlichen Sinne, — vorstellen kann, wird man sie als utopisch ansehen. Aber gerade iese Art des Denkens ist die eigentliche Utopie. Eine Wiedervereinigung mit totalem Systemwechsel wäre nach dem Dargelegten gleichbedeutend mit dem Einsturz des mit großem politischem und militärischem Aufwand an der Trennungslinie von BRD und DDR geschaffenen ostwestlichen Gleichgewichtes. Das müßte aber — ob von der einen Seite oder von der anderen Seite versucht — auf den Weg der Gewalt führen.

Gewalt aber ist keine Lösung mehr, sondern bedeutet nur sicheren Untergang.

Heute gibt es viele besonnene Deutsche auf beiden Seiten, die überzeugt sind, daß es nicht mehr im Bereiche der politischen Möglichkeiten liegt, das System in der DDR mit dem Augenblick der Wiedervereinigung auch schlagartig in das System des liberalistisch-demokratischen Westens zurückzudrehen. Die Jahre nach dem Kriegsende sind an der Bevölkerung der DDR nicht spurlos vorübergegangen. Die Entfremdung zwischen den beiden Seiten Deutschlands müßte von Jahr zu Jahr tiefer werden, wenn man dieser Tatsache nicht durch eine nüchtern-sachliche Betrachtung gerecht zu werden vermag. Wir haben in diesem Sinne gerade als Deutsche der Ost-West-Problematik als einer historischen Tatsache unseren Tribut zu entrichten, da wir inmitten dieses Spannungsfeldes leben müssen. Die hier erörterte Lebensform einer „Offenen Stadt Gesamt-Berlin" fordert von uns die Bereitschaft zum Umdenken und den Willen, neue Wege in der Gestaltung des sozialen Lebens zu beschreiten, Wege, die aber auch zu der Hoffnung berechtigen, daß sie als neue soziale Leitbilder zu einer Entspannung der Weltlage beitragen werden.

Die „Offene Stadt Gesamt-Berlin" ist keine Utopie sondern ein „möglicher Zustand", weil ihre Konzeption sich realistisch an die Möglichkeiten hält, die uns angesichts des militärisch-politischen Kräfteverhältnisses in unserer Lage zwischen Ost und West noch bleiben. Aus dem Gelingen des Versuchs einer sozialen Neuordnung auf dem engen Raum Gesamt-Berlins könnte darüber hinaus ein einigendes und die Sozialsysteme beider Seiten Deutschlands versöhnendes soziales Prinzip hervorgehen, — eine Zukunftschance in einer fast ausweglosen verfahrenen Situation.

Offene Stadt Berlin

Möglichkeit oder Utopie?

II. Folge

Weiteres Material zur Urteilsbildung

SONDERDRUCK
aus DIE KOMMENDEN Zeitschrift für freies Geistesleben — Freiburg i. Br., Rosastraße 21

Die Berliner selbst sind aufgerufen

Die Krise um Berlin hat noch nichts von ihrer Gefährlichkeit verloren. Sie erfordert ein Höchstmaß unserer Anstrengungen. Noch ist auf beiden Seiten die Bereitschaft zu Verhandlungen zu erkennen. Aber was soll die konkrete Substanz solcher Verhandlungen bilden? Die „Kommenden" haben in ihrer Nummer vom 10. Juli 1961 ein Memorandum vorgelegt, das, herausgeholt aus den sozialen Wirklichkeiten der gegenwärtigen Weltsituation, einen Weg aus der Krise aufzuweisen sich bemüht. Inzwischen wurde mit Hilfe unserer Leser dieses Memorandum als Sonderdruck in deutscher und englischer Sprache in über 10 000 Exemplaren verbreitet, und seine Gedanken sind in mancherlei Kanäle eingesickert. Wie aber können die in diesem Memorandum niedergelegten gesunden sozialen Ideen in letzter Stunde noch in einem konzentrierten Einsatz fruchtbar gemacht werden? Wir sehen keine andere Möglichkeit, als daß nunmehr eine möglichst große Zahl von Berlinern selbst diese Initiative zu ihrer eigenen macht. Diese Berlin-Frage darf nicht nur Verhandlungsobjekt der beiden großen Weltmächte werden. Die Berliner selbst müssen in dieser Sache aktiv werden und den Großmächten einen Weg aufzeigen, der von beiden bejaht werden kann. Sie sind dazu im gegenwärtigen Augenblick von der Geschichte legitimiert, weil es um ihr unmittelbares Schicksal geht.

Vielfach ist gegenüber dem Vorschlag der „Kommenden" gefragt worden, ob der „Plan einer Offenen Stadt Gesamtberlin" durch die Ereignisse des 13. August nicht überholt sei und ob man nun nicht auch die Hoffnung begraben müsse, aus dieser Stadt in absehbarer Zeit noch einmal ein lebensfähiges, selbständiges Gebilde zu machen. Gewiß, vielleicht könnte für den Zugang nach Westberlin allein noch ein Kompromiß — hart am Rande des Krieges — ausgehandelt werden. Aber die halbe Stadt Berlin würde dann gewiß nicht mehr Stützpunkt der westlichen Welt und der Treffpunkt für die in zwei Staaten auseinandergerissenen deutschen Menschen sein können. Denn ein westliches, aber östlich kontrolliertes, halbes Berlin würde weder wirtschaftlich noch politisch, noch menschlich-geistig attraktiv sein können. Ja, es würde der Fall eintreten, daß eine halbe Stadt Berlin für ihre Erhaltung derartige materielle Opfer vom Westen beanspruchen müßte, daß sie mehr und mehr als unerträglich empfunden würde. Eine in dieser Weise isolierte Stadt kann eben nicht lebensfähig sein.

Aber zunächst wird verhandelt werden! — Ob es bald, ob es in Wochen oder Monaten sein wird —, allenthalben in der Welt sucht man fieberhaft für diese Verhandlungen nach brauchbaren Ideen, durch die Verhandlungen an Stelle eines politischen Boxkampfes zu einem Gespräch werden könnten, das aus der Sackgasse herausführt. Bleiben diese konstruktiven Gedanken weiterhin aus, dann wird der Weg in die Gewaltanwendung immer wahrscheinlicher.

Indessen ist leider bis jetzt — trotz der sich ständig verschlechternden Situation — nichts bekannt geworden, was hoffen ließe, daß in den kommenden Verhandlungen die Tür für eine Koexistenz der beiden Teile Deutschlands und der Ost- und Westmächte auch nur um einen bescheidenen Spalt geöffnet werden könnte. — Einige Hoffnungen klammerten sich an die Initiative der blockfreien Staaten im Zusammenhang mit der Belgrader Konferenz. Aber die „Stunde der Neutralen" ist — jedenfalls bis heute — zu einer Enttäuschung geworden. Die Bereitschaft, mit gutem Willen vermitteln zu wollen genügt allein nicht, und die Appelle selbst der hochangesehensten Vertreter der Neutralen haben offenbar auch nach der Belgrader Resolution bisher keinen Einfluß gehabt: Es fehlte einfach an konstruktiver Substanz. Denn ohne eine für beide Machtgruppen akzeptable und für das Zusammenleben und den Ausgleich der Gegensätze praktikable Idee wird man in einem solchen Konflikt nichts ausrichten können.

Aber dennoch. Es wird verhandelt werden! Und weil das so ist, weil der „Plan Offene Stadt Gesamtberlin" eine für beide Seiten — unter bestimmten Voraussetzungen — akzeptable und für das Zusammenleben und für das Zusammenkommen praktikable Idee ist, gerade deswegen ist die „Offene Stadt Gesamtberlin" trotz der durch den 13. August geschaffenen Fakten noch nicht überholt.

Aber diese Verhandlungen werden — wenn nicht über das Schicksal der Welt — so doch für uns Deutsche wichtige Entscheidungen bringen. Vor uns steht daher die Frage: Werden sie ohne uns geführt werden, das heißt vor allem, ohne daß wir selbst etwas dazu beisteuern: an Bereitschaft zur Überwindung der Gegensätze, als Verzicht auf politisches Prestige und militärische Macht und an positiven Vorschlägen und Gedanken? Ohne daß dies geschieht, werden wir nur Objekt im Zweikampf der Gegensätze sein. Darum ist die Stunde da, daß wir uns endlich aufraffen zur Lösung der Probleme, die wir selbst heraufbeschworen haben, etwas Positives und Konstruktives beizutragen.

Wer nicht blind ist und sehen kann, daß uns kein noch so eng verbündeter Staat — und sei er noch so mächtig — gegen seine

eigenen Interessen aus unserer verzweifelten Lage wird retten können, der wird Umschau halten müssen, wo sich solche konstruktiven Gedanken finden und durch wen sie vertreten werden könnten. Ist damit aber nicht der Zeitpunkt gekommen, wo sich diese Fragen unmittelbar an die Berliner selbst richten? „Unter bestimmten Voraussetzungen", so sagten wir, könnte es in den kommenden Verhandlungen zum Beispiel etwas Entscheidendes bedeuten, wenn die Westberliner ihren Willen bekunden würden, für eine Aufhebung der Trennung der beiden Hälften der Stadt einen Zustand der Koexistenz im Raume von Gesamtberlin zu bejahen. Die Situation erfordert den Mut zum Risiko eines konstruktiven Vorschlages!

In dem Memorandum, das wir hier in den „Kommenden" veröffentlichten, wurde dargelegt, wie es zu dem furchtbaren Weltgegensatz nur dadurch gekommen ist, daß die Unterschiede in der Auffassung der „richtigen" Sozialordnung zum Gegenstand machtpolitischer Ziele und zum Inhalt des Staatsdenkens gemacht worden sind. Oder mit anderen Worten, daß diese Auffassungsunterschiede erst gefährlich werden, wenn sie als soziale Ideologien mit der Macht des Staates vertreten und mit der Einseitigkeit einer unzeitgemäßen Glaubenshaltung auf politischem Felde verfolgt werden.

Man ist allenthalben in der glaubensmäßigen Vertretung sozialpolitischer Ideen erzogen worden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn man auch „nicht glaubt", daß sich eine Koexistenz der beiden Systeme in einem Gesamtberlin (unter Aufrechterhaltung entscheidender Unterschiede wie zum Beispiel des Eigentums an den Produktionsmitteln) durchführen ließe. Man „glaubt" einfach nicht, daß so etwas zusammengehen könne, ohne daß ein System das andere überwältigt. — Was den Kommunismus betrifft, so habe nun dieser einmal das Ziel, die Welt zu erobern, und er werde keineswegs vor einer solchen (militärisch ungeschützten?) „Offenen Stadt Gesamtberlin" haltmachen.

Wenn man allerdings hartnäckig daran vorbeisieht, daß die Möglichkeit einer Überwältigung nur dann gegeben ist, wenn sich die Auseinandersetzung — anstatt auf geistigem Gebiet, wo sie hingehört — auf das Gebiet der staatlichen Machtanwendung verlagert, dann denkt man an dem Kernpunkt des Plans einer „Offenen Stadt Gesamtberlin" vorbei. Dieser Vorschlag geht ja gerade von den Garantien aus, welche die Voraussetzung dafür sein müssen, daß die Auseinandersetzung über die verschiedenen Auffassungen sich nicht politisch vollziehen kann, Voraussetzungen, durch die eine Koexistenz der beiden Systeme zu einem fruchtbaren Experiment geistigen Ringens werden könnte.

Diese Voraussetzungen betreffen einmal die äußeren Bedingungen, unter denen ein solches Gemeinwesen bestehen soll, also die Garantien seiner äußeren Existenz. Zum andern die Garantien, die in seiner inneren, staatlich-wirtschaftlich-kulturellen Konstitution liegen. — Von zwei Seiten her ist also die Voraussetzung, daß das Experiment der Koexistenz gelingt, an Bedingungen geknüpft.

Die äußeren Voraussetzungen der Koexistenz

Bei den äußeren Voraussetzungen für einen „Plan einer Offenen Stadt Gesamtberlin" geht es um die Garantien für ihren äußeren Bestand. Gewiß, sie müssen da sein. Man kann natürlich zweifeln, ob dies überhaupt möglich sei, und bei solchen Zweifeln tatenlos stehenbleiben, weil man beim Weiterdenken unmittelbar in den Bereich der politischen Tabus gerät. Schon wer von Koexistenz spricht, ist verdächtig. Hat er etwa Ostkontakte? Das aber ist schon nahe dem Landesverrat! — Aber so zu denken wäre das Ende der politischen Verhandlungsfähigkeit und bedeutete in unserer Lage die endgültige Zementierung der Spaltung, wenn nicht den Untergang der politischen Existenz der Deutschen

Aber das eine steht doch fest: Die beiden Machtgruppen werden bereit sein, die Existenz einer „Offenen Stadt Gesamtberlin" zu garantieren, wenn die Zusammenfassung der beiden Stadtteile in ihrem jeweiligen eigenen Interesse liegt. Könnte aber das überhaupt der Fall sein?

Jede der beiden Machtgruppen hat sich einen deutschen Teilstaat als politisches Instrument an- oder eingegliedert. Aber die Tatsache, daß jeder der beiden Teilstaaten die Wiedervereinigung in der Form totaler Gleichschaltung des anderen Teiles betreibt, ist zu einer Gefahr für sie selbst geworden: Infolge dieser alternativlosen politischen Linie der beiden deutschen Teilstaaten und durch die unbesonnene Weiterverfolgung einer solchen Gleichschaltungstendenz durch die Deutschen selbst besteht für die USA und die UdSSR die Gefahr, mit ihren eigenen Ländern in einen sie selbst bedrohenden Weltkampf hineingezogen zu werden. Deshalb liegt eine echte Lösung des Berlin-Problems, das heißt eine solche, der beide zustimmen könnten, weil sie für beide die Bedrohung aufhebt, auch im Interesse beider Machtgruppen und hat deshalb Aussicht, angenommen zu werden. — Weil das so ist, darum hat auch heute noch — nach der Abtrennung Ostberlins — der „Plan einer Offenen Stadt Gesamtberlin" aktuelle Bedeutung. Denn dieser

Plan trägt die Chance in sich, die gefährliche Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Staaten in einem Gesamtberlin aufzuheben. Funktioniert diese Koexistenz, dann sind die Garantien, die von den Großmächten dafür gegeben werden müssen, zwar nach wie vor notwendig, aber sie werden nur formaler Natur. Schafft man dagegen in kommenden Verhandlungen nur eine Fortsetzung der Zwangssituation durch ein weiterhin geteiltes und von Ostberlin abgeriegeltes Westberlin, dann kann man bestenfalls die Entscheidung nur verschieben, der Gefahrenherd selbst aber bleibt.

Die politischen Tabus

Zu den politischen Tabus hat es bislang gehört, von der Tatsache zweier deutscher Teilstaaten zu sprechen oder nur zu denken, daß vielleicht doch die politisch-militärische Weltkonstellation dazu zwingen könnte, die DDR zuerst de facto und — um einen Krieg zu vermeiden — vielleicht sogar de jure anzuerkennen.

Es kann ja heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der angekündigte Friedensvertrag der UdSSR mit der DDR abgeschlossen wird. Bei der dann unvermeidlich gewordene Frage der Anerkennung der DDR bliebe immerhin als eine Gegenforderung die Wiederherstellung des Status von Gesamtberlin. Für einen solchen Verhandlungspunkt muß aber auch ein „Plan für ein Gesamtberlin" schon vorhanden sein.

Das andere Tabu ist die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. — Rußland bekundet fortgesetzt, daß es im Interesse des Friedens auf die Festlegung der Grenzen im Osten großen Wert lege. Wie lange noch, — so fragen wir — wird man die Anerkennung dieser heute schon zur politischen Realität gewordenen Grenze im Falle von Verhandlungen noch als Verhandlungsobjekt verwenden können? — Und schließlich werden auch die letzten Tabus der bisherigen westdeutschen Politik, die Atomfreiheit und die Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zu den westlichen und östlichen Militärbündnissen bei kommenden Verhandlungen auf dem Verhandlungstisch liegen! —

Die Lösung der „Offenen Stadt Gesamtberlin" setzt voraus, daß die Garantien, die heute für die freie Existenz von Westberlin seitens der Westmächte bestehen, durch eine allseitige Garantie der vier Mächte und der zwei deutschen Teilstaaten abgelöst werden, und daß die Grenzen der beiden deutschen Teilstaaten in diese Garantieversprechen einbezogen werden. Realpolitisch betrachtet ist doch einzusehen, daß jeder Versuch, mit Machtmitteln an diesen Grenzen zu rütteln, jetzt schon ein deutsches Korea nach sich ziehen müßte.

Mit dem Vorschlag „Offene Stadt Gesamtberlin" verlagern sich nun die Akzente politisch und militärisch unmittelbar auf die im politischen Gleichgewicht der Mächte kritischen Punkte Berlin und die Grenzen der beiden deutschen Teilstaaten. Das würde aber auch für die letzten beiden Tabus, — die Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zu den Militärblöcken und die Atomfreiheit des deutschen Raumes — eine neue politische Situation schaffen. Die bis heute geltende politisch-militärische Doktrin, die zu der Einbeziehung der deutschen Teilstaaten in die gegensätzlichen Militärbündnisse geführt hat, hätte dann keinen Sinn mehr, weil eine Gesamtberlin-Lösung voraussetzt, daß auch über das Verhältnis der deutschen Teilstaaten zueinander ein Einvernehmen erzielt wird.

Die äußeren Vorbedingungen (die Garantien für den äußeren Bestand einer Offenen Stadt Gesamtberlin) hängen nun eng mit den inneren Vorbedingungen für eine Koexistenz in einer Offenen Stadt (d. h. einer solchen mit einer, für beide Machtgruppen indifferent staatlichen Konstitution) zusammen.

Die konstitutionellen Garantien einer Koexistenz

Die inneren Vorbedingungen der Koexistenz in einer Offenen Stadt Gesamtberlin sind in dem hier veröffentlichten Memorandum in Kürze dargestellt worden. Der Grundgedanke ist, daß anstelle einer zentralen politischen Stadtverwaltung drei selbstständige Verwaltungsglieder zu bilden wären, die ihre Belange in einer Spitze abgrenzen und daß anstelle des bisherigen politischen Übergewichtes der staatlichen Verwaltung das Gleichgewicht dreier Kräfte tritt.

Hierbei wird anstelle eines politischen Zentralismus an den Ausbau dreier Sozialfunktionen gedacht, die in ihrem Zusammenwirken die Ganzheit des Sozialkörpers herstellen, die also nicht, wie bisher, durch die Unterordnung unter einen für alles zuständigen Staatsapparat zustande kommen soll. Eine solche funktionelle Gliederung ist die Garantie dafür, daß weder das östliche noch das westliche System jeweils das andere überwältigen kann. — Mag dies auch eine ungewohnte Vorstellung sein, so ist sie doch in der gegebenen Situation die allein realistische.

Mit einer solche Konstitution ist der entscheidende Schritt zur Neutralität dieser Stadt getan. Das aber ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des „Planes Offene Stadt Gesamtberlin" im Sinne einer Ko-

existenz der beiden Teile. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Gesamtberlin niemals zum Sitz von politischen Agentenzentralen werden darf und daß es durch sein Statut außerhalb einer politischen Bindung (nach dem Osten oder dem Westen) zu bleiben hat. Die individuellen Überzeugungen und Neigungen dagegen, auf die jeder Bürger dieser Stadt ein selbstverständliches Recht hat, können sich bei einer solchen Konstitution unbehelligt und ungefährdet auf dem freien Boden des Kultur- und Geisteslebens produktiv ausleben, ohne daß dadurch auch der Staat in seiner Neutralität gefährdet werden könnte. Im Gegensatz dazu wissen wir aus Erfahrung, daß Gespräche zwischen Vertretern der beiden Ideologien zu nichts führen, wenn ihre Partner zugleich als Funktionäre eines politisch sozialen Systems auftreten. Das ist in dem System der drei souveränen Funktionsbereiche der Gesellschaft in einer Offenen Stadt Berlin nicht mehr möglich. Dieses System beschränkt in der Wirtschaft selbst das Gespräch auf die vertraglich sich regelnden Wirtschaftsinteressen, im Staats- und Rechtsleben auf die Fragen des Rechtes, im Verkehr mit Menschen und Gütern und im Kulturleben auf die Fragen von Kunst, Erziehung, Erkenntnis und Religion. Diese Beschränkung und zugleich die organische Zuordnung in der Gliederung der Gesellschaft ist der Kunstgriff, um den Sozialkörper in sich selbst gesund und in sozialem Frieden zu halten.

Die Frage, ob Berlin mit einer solchen Gesellschaftsordnung lebensfähig wäre, hängt davon ab, ob es in dieser Konstitution wirtschaftlich, politisch und geistig „interessant" ist. Gerade in einer solchen eigenwilligen neutralen Verfassung wäre gewiß das Berliner Experiment der Koexistenz für die ganze Welt „interessant".

Gefahren und Möglichkeiten der heutigen Krise um Berlin

Berlin bietet heute überall den Stoff für die Schlagzeilen der Presse. Die ganze Welt weiß also um Berlin, wenn auch in einem negativen Sinne. Berlin ist für die Welt der Alpdruck der Angst vor einem neuen Kriege geworden. Und trotzdem rechnet unsere Politik damit, daß andere Völker für uns zu kämpfen bereit sind. Ist es aber nicht realistischer zu erkennen, daß wir angesichts der Konsequenzen, die aus der jetzigen Situation entstehen könnten, mehr und mehr zu einer Last werden, zu einem Ballast, den man so schnell wie möglich abschütteln möchte? Wie leicht also könnte die Stimmung umschlagen!

Gesamtberlin in der Form einer „Offenen Stadt" aber würde als „dritte Kraft" in einem positiven Sinne für die Welt interessant werden. Heute lebt in vielen Menschen die Empfindung, daß keines der beiden gegensätzlichen Systeme, die durch ihren Gegensatz die Welt in Atem halten, der Weisheit letzter Schluß sein kann. Etwas Neues, so fühlt man, müsse kommen, und diese Hoffnung spricht aus der Sehnsucht nach einer dritten Kraft.

In allerjüngster Zeit knüpfen sich verschwommene Erwartungen an den Plan, die UNO nach Berlin zu bringen. — Mit einer bloßen Anwesenheit der UNO in Berlin ist aber noch nichts gewonnen. Erst wenn durch eine neutrale Konstitution der Stadt der Boden für sie bereitet wird, kann die UNO in Berlin für die Zukunft auch für die Lösung der Probleme dieser Stadt von Bedeutung sein.

Im Rahmen des „Planes einer Offenen Stadt Gesamtberlin" wird es erforderlich sein, daß die Signatarmächte den Schutz des Berlinstatuts durch Einrichtung einer geeigneten Verwaltungs- und Appellations-Instanz übernehmen. Käme jedoch die UNO nach Berlin, dann würde ihr diese Aufgabe zufallen, das Grundgesetz für eine Offene Stadt Gesamtberlin zu garantieren.

Die Stunde der Berliner!

Niemand kann im voraus sagen, ob in den kommenden Verhandlungen Chruschtschow auf die hier vorgeschlagene Lösung der Berlin- und Deutschland-Krise eingehen würde. Sie enthält aber gewiß in den dargelegten Umrissen Vorschläge, die für den Osten interessant sein werden, sofern die Deutung richtig ist, daß die Entfesselung dieser Krise in erster Linie dem Ziele dienen soll, die von Rußland befürchtete Bedrohung durch ein bedeutendes, mit Atomwaffen ausgerüstetes Kriegspotential der Deutschen zu beseitigen. Dem Plan einer „Offenen Stadt Gesamtberlin" käme in dieser Sicht in den kommenden Verhandlungen zum mindesten der Charakter eines klärenden Testes zu.

Ob aber ein solcher Test überhaupt möglich ist, wird in erster Linie und weitgehendst von den Berlinern selbst abhängen.

Es ist sinnlos geworden, sich auf andere zu verlassen und auf sie zu warten. Deshalb ist es höchste Zeit, daß sich die Berliner zu einer eigenen Initiative — sei es nun diese einer „Offenen Stadt Gesamtberlin" oder einer besseren — entschließen.

Berlin, eine Herausforderung an unsere Einsicht

Die schlichte Frage „Ist Berlin lebensfähig?" ist in Wirklichkeit nur eine rhetorische; denn niemand erwartet darauf im gegenwärtigen Augenblick eine ebenso schlichte Antwort. Nachdem die von Berlin ausgehende Krise zu einer alle bedrohenden Weltkriegsgefahr geworden ist, kann mit einem gewissen Recht außerhalb Berlins gesagt werden: „Wieso geht es jetzt noch nur um die Frage, ob dieses Berlin lebensfähig ist? Es geht jetzt nicht mehr um Berlin allein, sondern ums Ganze. Läge es nicht im Interesse aller, Berlin zu opfern, um den Atomkrieg zu vermeiden? Ist es nicht eigentlich eine Zumutung, in dieser Gesamtbedrohung nur nach der Lebensfähigkeit von Berlin zu fragen?" — Man darf überzeugt sein, daß dieser Gedanke, nachdem er da und dort schon geäußert wird, sehr viel mehr in der Welt bereits gedacht wird. Und die Frage ist, ob man eines Tages nicht auch danach handeln könnte, wenn man zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Berlin nicht mehr lebensfähig sei — trotz aller Konzessionen, die in den kommenden Verhandlungen möglicherweise für Westberlin noch ausgehandelt werden könnten!

Aber der Gedanke, Berlin zu opfern, ist keine Lösung der Krise, sondern nur die Illusion einer solchen. Denn nicht Berlin als solches bedroht den Weltfrieden, sondern das ungelöste Problem des Ost-West-Gegensatzes hat die Krise um Berlin heraufgeführt. Eine Illusion wäre es also, anzunehmen, daß an diesen Weltproblemen auch nur das Geringste gelöst wäre, wenn man den Berlinern nun noch einen ehrenvollen und heroischen Abgang erkämpfen würde.

Gegen diese Illusion anzugehen, ist nun Sache der Berliner selbst; denn es geht ja nicht nur um ihre Existenz, sondern es geht darum, die Aufgabe zu finden, die dieser Stadt aus der merkwürdigen Situation heraus historisch-schicksalhaft zufällt, in die sie nach dem zweiten Weltkrieg ohne ihre Schuld geraten ist. Und schließlich hat die Weltöffentlichkeit auf einen solchen Beitrag der Berliner selbst zur Lösung der Krise wegen der mit Berlin zusammenhängenden Weltbedrohung einen berechtigten Anspruch; man traut ihnen auch Urteilsfähigkeit und Bereitschaft für einen solchen eigenen Auftrag durchaus zu.

In der „ungestalteten" Frage „Ist Berlin lebensfähig?" ist allerdings das Existenzproblem nur vorgeschoben. — Lebensfähig ist nur, was eine Aufgabe haben kann. Man wird bei den heutigen Überlegungen zur Lösung der Krise ganz davon ausgehen, Berlin nur im Zusammenhang mit einer Aufgabe im Sinne des Westens und seiner Ideologie zu sehen und wäre bereit, dafür materielle Opfer für Berlin zu bringen. Würde dies aber wirklich eine die Lebensfähigkeit auch für die weitere Zukunft Berlins sichernde Aufgabe sein? Das ist die Frage. — Oder gibt es einen Weg, Berlin eine solche Konstitution zu geben, daß ihr daraus mit Zustimmung aller und von selbst eine Aufgabe erwächst im Sinne eines echten Beitrages zur Lösung der Ost-West-Probleme? Gelänge dieses Letztere, dann bedürfte es nicht großer Untersuchungen, ob Berlin auch wirtschaftlich lebensfähig wäre; die Existenzgrundlage würde der Stadt aus dieser Aufgabe selbst erwachsen. Sind Aufgaben echte Bedürfnisse und Anliegen einer Zeit, dann werden sie auch honoriert; seine Lebensfähigkeit erhält ihr Träger dann als freie Gegenleistung.

Die gegenwärtige Diskussion um die Lösung der Berlin-Krise

Nun kreisen aber die Gedanken zur Lösung der Berlin-Krise z. Zt. im wesentlichen um Westberlin und nicht um Gesamtberlin. Stellt man aber die Frage, ob Berlin lebensfähig ist, in diesem Zusammenhang mit einer echten Aufgabe für Westberlin allein, so bedeutet der 13. August dieses Jahres ein einschneidendes Faktum. — Berlin war auch vor dem 13. August schon geteilt, aber es war lebensfähig. Es war der Treffpunkt der Deutschen beiderseits des Eisernen Vorhanges, es konnte an dem wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands teilnehmen. Die Schwierigkeiten seiner Lage, die Abgeschlossenheit gegen die Zone, die Unannehmlichkeiten des Interzonenverkehrs — alles Belastungen in materieller und seelischer Hinsicht —, wurden mit der aus der Zeit der Blockade noch nachwirkenden „Und-dennoch-Haltung" ertragen und gemeistert. Aber mit der brutalen Realität der Mauer durch Berlin ist gewissermaßen ein Vorhang zerrissen, der bis dahin die wahre Lage verhüllt hat. Hatten wir uns nicht alle daran gewöhnt, nicht sehen zu wollen, wie gefährdet die Existenz Westberlins auch nach der Aufhebung der Blockade fortwährend geblieben ist? Seit dem 13. August ist die schöne Täuschung nicht mehr möglich. Das zeigt sich auch deutlich in der veränderten Stimmung. Man muß deshalb bei der Frage, ob Westberlin lebensfähig sein kann, von diesem Faktum ausgehen. Der 13 August bedeutet das Ende des Status quo. Der Status quo war das Ergebnis des Status-quo-Denkens. Nachdem der Status quo selbst zu Ende ist, müßte auch das Status-quo-Denken aufhören. Das

ist noch keineswegs der Fall. Das Generalthema des immer noch fortlaufenden Status-quo-Denkens ist nur „die Rettung Westberlins", dessen Schicksal seit dem 13. August auf der Waage liegt. Die Rettung Westberlins wird zu einer Ehrensache für die Garantiemächte gemacht, nachdem es sich, wie zu erwarten war, gezeigt hat, daß die Garantie nicht imstande war, den Status quo zu halten. Der Status quo — keine Experimente! — war selbst ein Experiment — und, wie man jetzt weiß — ein mißglücktes.

Nun gibt es Theoretiker der Teilungen, die daran glauben, daß man Westberlin nach dem 13. August auch als Bruchstück von Gesamtberlin zukünftig noch würde lebensfähig erhalten können. Solche Teilungen — sagen sie und weisen auf Beispiele hin — könnten lange Zeit bestehen. Es ist aber charakteristisch für dieses Status-quo-Denken, daß es hinter der Entwicklung herläuft, statisch ist und seine Lösungen nur nach rein materialistisch-utilitaristischen Gesichtspunkten sucht. Gewiß, es wäre ja nicht ganz unmöglich, mit einigem Geschick in den kommenden Verhandlungen für Westberlin — durch wer weiß welche Konzessionen, die bereits erörtert werden — noch eine Art freien Zugang und vielleicht auch einen leidlichen Verkehr mit dem Ostsektor (mit Visumzwang) zu erreichen. Aber selbst dann, wenn die Mauer wieder einige Durchbrüche mehr erhalten würde —, die geistige Mauer bleibt doch seit dem 13. August.

Die Grenze der Kontrollstelle, die bis zum 13. August an der Zonengrenze lag, bleibt nach dem 13. August als neue Zonengrenze mitten durch Berlin bestehen, welche Lösung auch immer für Westberlin allein in den kommenden Verhandlungen erreicht wird, mag sie auch noch so ehrenhaft sein. Es bleiben: „zweierlei Berlin". Für „zweierlei Berlin" findet indessen ein Blick in die Zukunft unwegsames Gelände

Es ist ein grundlegender Unterschied zwischen Berlin vor dem 13. August und „zweierlei Berlin". Vorher war Berlin immer noch Gesamt-Berlin. Gleich nach dem zweiten Weltkrieg war die Teilung zunächst nicht da. Sie hat sich immer mehr ergeben als das Ergebnis einer Politik, die de facto Westberlin wie einen Teil der Bundesrepublik behandelte, obwohl dies de jure auf Grund des Viermächtestatuts nicht möglich war. Dadurch ist Berlin als solches mit in die westdeutsche politische Linie hineingenommen worden. Westberlin wurde vom Westen her gewissermaßen eine westliche Klimaanlage übergestülpt; aber diese hielt dem rauhen östlichen Klima ringsum nicht stand. — Trotz fortschreitender Integrierung in die beiden Teilstaaten hinein aber war das „Sektorenberlin" immer noch Ganz-Berlin. Es war als solches interessant, solange es noch als Frage existierte, was daraus werden könnte. Der Zustand der Unentschiedenheit war eine reale Lebensgrundlage für Westberlin; in dieser Situation wurde auch die materielle Hilfe gerne gegeben, da die Geber im westlichen Lager positive Erwartungen daran knüpfen konnten. Die Aufbaumittel, die Sondersteuern, die Berlinaufträge der Industrie waren solange immerhin noch Wechsel auf die Zukunft.

Mit dem 13. August ist hierin eine Entscheidung gefallen. Berlin als solches ist keine Frage mehr. Es ist für die Zukunft uninteressant geworden. Das ist auch sehr wesentlich für die materielle Existenz Westberlins. Ein Westberlin allein wird erhebliche materielle Hilfsmittel zu seiner Lebenserhaltung erfordern. Sie werden zunehmend als Ballast empfunden werden. Ob Westberlin dann auf die Dauer lebensfähig sein wird — es liefe auf eine Art Konservierung hinaus —, das zu probieren, wäre ebenfalls ein Experiment wie der Status quo. Denn definitive „zweierlei Berlin" sind kein Berlin mehr.

Berlin ist nur als Ganzes ein Stadtkörper. „Zweierlei Berlin" sind Bruchstücke. Als ein Ganzes ist Berlin geworden; im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts strömten hier heterogene Bestandteile aus allen Teilen des Deutschen Reiches, auch viele Ausländer, die Wahlberliner wurden, zusammen. Berlin schmolz sie alle ein. Der Berliner wurde ein Typus. Berlin hatte Leben, Seele, Geist — alles in allem: Anziehungskraft. Es war die Mitte einer Mitte im weltweiten Aspekt. — Aus der Mitte heraus ist Berlin entstanden, aber es entstand keine Aufgabe der Mitte innerhalb des Aufstiegs dieser Stadt. Was nicht geschehen durfte, geschah: Es durfte kein Anspruch erhoben werden, nur Mittelpunkt eines mächtigen Nationalstaates zu sein. Die Mitte im weltweiten Aspekt hätte vielmehr als Verpflichtung erkannt werden müssen, auch die Aufgabe der Mitte in dieser gefährlichen Lage zwischen Ost und West zu suchen. Aber das erstere ist geschehen, und es ist schon zwei Mal in diesem Jahrhundert schiefgegangen. Mit der Aufgabe der Mitte wäre auch die Lebensgrundlage gegeben, mit dem Anspruch auf politisch-imperialistische Macht mußte und muß es schiefgehen —, denn das letztere liegt nicht in den historischen Schicksalsbedingungen der Deutschen. Und darum kann man schon voraussagen, daß es auch in Zukunft wieder schiefgehen wird — und noch viel radikaler als bisher —, wenn das Status-quo-Denken Berlin wieder in nationalstaatlichen Machtvorstellungen als Hauptstadt Deutschlands nach der Wiedervereinigung denkt und diese nur mit vaterländischem Prestige und automatischer gesellschaftlicher Gleichschaltung gedacht werden kann! Dieses Status-quo-Denken ist jetzt die größte Gefahr für Berlin, ja für die politische Existenz Deutschlands überhaupt. Denn ein solches Gesamtberlin liegt nicht in den geschichtlichen Voraussetzungen. Es hat für die Zukunft keine Existenzmöglichkeit mehr. Das sollten die Deutschen aus ihrer jüngsten Geschichte gelernt haben! — Hätte es für Deutsch-

land als Land der Mitte nach einem siegreichen Krieg überhaupt eine „Aufgabe der Mitte“ geben können? Die Mitte braucht zukunftgestaltende Ideen, um lebensfähig zu sein. Bloßes Machtwollen entzieht ihr die Lebensgrundlage.

Es ist jetzt das unmittelbar Naheliegende, für eine einheitliche Gesamtberlin-Lösung zu optieren, nicht für eine künftige Hauptstadt Deutschlands! „Zweierlei Berlin“ gibt Berlin keine Aufgabe, von der es leben kann. Westberlin allein ist weder moralisch — den Ostberlinern gegenüber — noch geographisch-historisch, noch soziologisch, noch politisch vertretbar und haltbar. Es ist als Bruchstück-Berlin eine irreale Vorstellung.

Die UNO nach Berlin

Man hat in diesen Wochen vorgeschlagen, die UNO nach Berlin zu holen. Aber nach Westberlin allein? Was soll damit eigentlich bewirkt werden? Etwa eine internationale „Klimahaube“ für die Erhaltung des westlichen Status von Westberlin an Stelle einer westdeutschen? Denn um diesen geht es doch nur, wenn man jetzt die UNO für Westberlin allein mobil machen möchte. Die UNO ist aber nicht nur — der Westen! — Man überfordert sie, wenn man sie für die Erhaltung des westlichen Status quo von Westberlin beansprucht. Aber ganz abgesehen davon —, man wird dies in wirksamer Weise auch nicht erreichen können. (Was soll es nützen, wenn einzelne UNO-Institute nach Berlin kommen?) Auch käme sie viel zu spät; denn die Probleme tun uns nicht den Gefallen, einfach stehenzubleiben, um auf die Ankunft der UNO zu warten. — Nur dann aber wäre dieser Gedanke ein außerordentlich fruchtbarer, wenn Berlin für die UNO ebenso interessant wäre wie die UNO für Berlin! Denn die UNO nach Berlin: Das würde nur für ganz Berlin Sinn haben und auch nur dann, wenn ganz Berlin durch einen offenen, neuen, unpolitischen Status den Charakter eines „UNO-Territoriums“ annehmen könnte. Ein solches müßte das Gegenteil sein von einem zementierten, abgeriegelten Zustand. Eine UNO-Stadt kann auch nicht eine mit Hilfe der UNO leidlich aufrechterhaltene Verkehrsfreiheit haben, die doch nur ein Krampf wäre, sondern wirkliche Offenheit in jeder Hinsicht —, Weltoffenheit, Weltweite, Zukunftsoffenheit! Das geht nicht mit „zweierlei Berlin“, sondern nur mit einem Gesamtberlin, das einen einheitlichen Status haben muß. Aber dieser Status muß den Ostsektor und den Westsektor zu einer Einheit vereinigen können. Das ist das Problem, und um dieses geht es bei dem Memorandum der „Offenen Stadt Berlin“.

Neben diesen beiden Diskussionskomplexen: Westberlin als künstliche Enklave innerhalb eines selbständigen deutschen Teilstaates DDR und der UNO-Stadt Berlin ist noch ein mehr unausgesprochener Komplex einer Angstlösung im Gespräch, die aber einer Kapitulation gleichkäme, dazu gehört die extreme und groteske Vorstellung von einer Umsiedlung der Westberliner. Aber man muß auch das erwähnen, um die Irrwege des Suchens nach Lösungen zu kennzeichnen. Es sind Irrwege: Man wird damit mit dem Problem doch nicht fertig; es rückt nur nach! — Die Situation Berlins ist eine Herausforderung an die Gedanken und an die Einsicht, ein Appell an die Besinnung, nach den in der Gegenwart wirkenden geistigen Kräften zu suchen, sie zu erkennen und aus der Erkenntnis Lösungen zu finden, die einen Krankheitsprozeß über die Krisen hinweg zur Gesundung führen können, nicht aber die Krankheit chronisch machen.

Freie Stadt Berlin oder Offene Stadt Berlin?

Was wollte und will Chruschtschow mit seiner freien Stadt Berlin? — Von Koexistenz hat er in den letzten Jahren öfter gesprochen. Es ist ja auch seine These, daß eine Koexistenz zwischen dem östlichen und westlichen System möglich sei. Nimmt man diese ernst, dann kann man seine Pläne für eine freie Stadt Berlin nicht ohne weiteres als beabsichtigte Täuschung hinwegschieben, trotz der von ihm stets betonten Überzeugung, daß dem Kommunismus einmal die Zukunft gehöre. Und es hat sich ja daraus eine Art prinzipiellen Gegensatzes zwischen dem Kommunismus Rußlands und dem kommunistischen China in bezug auf diese Koexistenzfrage ergeben. — Dieser Koexistenzgedanke ist vom Westen als politisch brauchbar nicht aufgegriffen worden. Auch für den Bundesbürger gehört die Vorstellung bisher zu den politischen Tabus.

Die getrennte Entwicklung der beiden Teile Deutschlands hat nach der Gründung der DDR eine fortlaufende Festigung des Staatsgedankens für das Zonenregime zur Folge gehabt. Man hatte nach dem zweiten Weltkrieg Tatsachen geschaffen — und es soll jetzt nicht untersucht werden, durch welche Entscheidungen sie hervorgerufen wurden —, aber man lehnte es ab, die Konsequenzen aus diesen Tatsachen ins Bewußtsein aufzunehmen. Anders im Osten. — Mit der dem Osten eigenen Dynamik hat dieser die Tatsachen der deutschen Nachkriegsentwicklung fortlaufend in seine politischen Zielsetzungen einbezogen.

Man mußte aber den Augenblick kommen sehen, der eine Klärung über diese Tatbestände forderte. Durch das Beharren auf dem Status quo ist es nicht zu dieser Klärung gekommen. — Man weiß nun nicht, ob Chruschtschows „Freie Stadt Westberlin“ unter bestimmten Vorbedingungen ehrlich gemeint ist, d. h., ob er selber ernsthaft die Verwirklichung wollte. Wir tappen im dunkeln. —

Unterstellt man dies aber einmal, dann enthielte dieser Vorschlag auch nichts anderes als zweierlei Berlin. Die Vorstellungen der beiden Seiten kommen also, auf die Frage der Lebensfähigkeit Berlins hin untersucht, auf dasselbe heraus, nämlich den unmöglichen Zustand von „zweierlei Berlin". Dieselben Gründe, die es problematisch erscheinen lassen, ob ein westlich eingemeindetes Westberlin allein auf die Dauer lebensfähig sein würde, gelten also auch für Chruschtschows freies Berlin.

Gesetzt, Chruschtschow meine es ehrlich mit einer freien Stadt Westberlin, falls er damit seine unbereinigten Fragen mit der Bundesrepublik regeln kann, dann bleibt die weitere Frage, ob diese Gegenleistung so viel wiegen würde oder gewogen hätte, daß man auch Ganz-Berlin im Sinne seiner freien Stadt hätte mit ihm diskutieren können Da eine solche Diskussion nicht zustande kam, wissen wir nicht, ob Ganz-Berlin bei Chruschtschow als Gegenleistung im Kalkül war. — Wir tappen im dunkeln. —

Immerhin ist es bezeichnend, daß im Mansfield-Plan vom Westen dieser Gedanke, ganz Berlin in einem freien Status herauszunehmen aus der Souveränität der DDR, in die Diskussion geworfen wurde. Bestürzend ist dann nur, daß dieser Gedanke, mit Ganz-Berlin in die Verhandlungen zu gehen, von den maßgebenden Persönlichkeiten Westdeutschlands und seiner Regierung nicht aufgegriffen, geschweige denn diskutiert wurde.

Wäre aber ein westlicher Gesamtberlin-Plan überhaupt für den Osten tragbar und wäre etwa ein von der Umgebung, wie bisher Westberlin, isoliertes Gesamtberlin (im Gegensatz zu Westberlin allein) lebensfähig? Und warum, so wird derjenige, der sich vielleicht zunächst nur aus verhandlungstaktischen Gründen mit dem Gegenvorschlag, Gesamtberlin als freie Stadt herauszunehmen, identifizieren kann, fragen, soll aber dieses Gesamtberlin nach dem Plan der offenen Stadt einen anderen, eigenen Status haben als Westberlin heute? Warum soll Gesamtberlin nicht eine demokratische Verfassung haben wie Westberlin auch? Hier kommt man zum neuralgischen Punkt überhaupt: Gesamtberlin soll rein westlich sein, lebensfähig sein und nach allen Seiten freien Verkehr haben. Das geht einfach nicht zusammen.

Der geforderte Status

Man muß bei der gründlichen Untersuchung der „freien Stadt" Chruschtschows zu dem Ergebnis kommen, daß diese freie Stadt keine Lösung ist, auch wenn der Vorschlag ehrlich gemeint ist. In demselben Sinne ist auch der Mansfield-Plan keine Lösung, solange nicht ein neuer Status gefunden ist, der Freiheit in Form von allgemeiner Verkehrsfreiheit und Offenheit zu einer Realität machen könnte. Denn würde man Gesamtberlin einen rein westlichen demokratischen Status geben, so würde der Osten darin — nur im kleinen Maßstab — die Überwältigung eines Bestandteils seiner Machtsphäre sehen müssen, die er für den Fall der Wiedervereinigung radikal ablehnt, nämlich daß die DDR mit einer kurzen Übergangslösung wirtschaftlich in das westliche marktwirtschaftliche System übergeführt würde. Es wäre für den Osten ein Prestigeverlust.

Die Lage Berlins fordert also für Gesamtberlin — das allein eine lebensfähige Lösung ist — in der Tat einen neutralen Status. Ein solcher könnte vielleicht auch für Chruschtschow für das auf dem Territorium der DDR liegende Berlin tragbar sein. Seine Attacke richtete sich ja gegen die Einbeziehung von Berlin in den militärisch-politischen Gegensatz. (Gegen symbolische Truppenkontingente in Berlin zum Schutze dieser Neutralität hatte er ja nichts einzuwenden, wenn die Neutralität von allen Mächten anerkannt und garantiert würde.) Es geht aber nicht nur um Neutralität, sondern um einen in der sozialen Struktur veranlagten nicht machtpolitischen Charakter dieser Stadt. Neutralität wäre schon der äußeren Größe des Raumes nach noch selbstverständlich; Verzicht auf Machtpolitik ist noch etwas anderes. Nur wenn die Stadt ihrer Verfassung nach nicht machtpolitisch ist, kann sie wirtschaftlich und menschlich, also frei, wieder mit dem Raume verwachsen, aus dem sie herausgewachsen ist, in dem sie sonst als ein nicht lebensfähiger Fremdkörper stehen müßte.

Die Lösung für Gesamt-Berlin: Der reine Staat

Wenn man also unmittelbar aus der gegebenen Situation heraus denkt, könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß eine Stadt wie Berlin nur dann lebensfähig wäre, wenn sie in der Lage wäre, die östliche und westliche Gegensätzlichkeit gewissermaßen in sich zu verdauen, oder anders gesagt, wenn Gesamtberlin für die politische Aggressivität der beiden Systeme durch seine Verfassung indifferent gemacht werden könnte. Den Weg zu einer solchen Struktur weist uns die Idee des „reinen Staates".

Der Begriff „Der reine Staat" entstammt einer Publikation von Kurt Wolzendorff aus dem Jahre 1920. Im Gegensatz zum omnipotenten Staat enthält die Konzeption des reinen Staates das Prinzip einer organi-

schen Gliederung des sozialen Organismus und führt auf die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus, die von Rudolf Steiner entwikkelt wurde. Auf gedanklich selbständigem Wege entwickelt nun auch Wolzendorff seinerseits diese Idee der Gliederung und kommt dabei auf dem Wege eines exakten aus der Zeitsituation heraus urteilenden Denkens zu seinem Begriff des reinen Staates. „Jede Zeit", sagt Wolzendorff, „die zu einem entscheidenden Schritt in der Entwicklung berufen ist, wird vor demselben Problem politisch-gedanklicher Selbstbefreiung stehen." Damals also ging es bereits darum, aus dem zentralistischen Nationalstaatenprinzip durch eine „politisch-gedankliche" Selbstbefreiung zu der Idee des reinen Staates vorzustoßen. Im Falle Berlins steht man in einer außerordentlich gefährlichen Lage wiederum vor der Notwendigkeit, auf dem Wege dieser „politisch-gedanklichen Selbstbefreiung" eine neue Sozialstruktur zu verwirklichen, damit Berlin in dieser ebenso einmaligen wie gefährlichen Situation lebensfähig sein und bleiben kann. „Geschieht das jetzt nicht, so geschieht es in der Zukunft", so sagte damals Wolzendorff. — Es ist in und für Berlin eine Lage entstanden, die in einem neuen politisch gedanklichen Selbstbefreiungsvorgang ergriffen werden will. Berlin ist sozusagen die letzte Station für Deutschland, die letzte Gelegenheit, noch einen Spalt offenzulassen in der gepanzerten Tür zwischen Ost und West für eine zukünftige Wiedervereinigung. Eine letzte Chance.

Noch einige Bemerkungen zur Berlin-Frage

Was geht uns Berlin an? Diese Frage wird wohl heute in der ganzen Welt gestellt und gewiß sehr verschieden beantwortet. Natürlich geht Berlin uns Deutsche in dieser Krisenlage am allermeisten in der Welt an. So wie die Dinge verlaufen sind, scheint es eine welthistorisch entscheidende Frage zu sein — gerichtet an uns Deutsche. Vielleicht wird man einmal das zwanzigste Jahrhundert überschreiben können: „Die deutsche Frage". Es ist doch, als ob die Welt in diesem kritischen Jahrhundert auf die Existenzfragen der Menschheit gerade mit einer deutschen Antwort oder wenigstens mit einem entsprechenden Beitrag der Deutschen gerechnet habe. Der ist bis heute ausgeblieben. — Statt dessen haben die Taten, die in Mitteleuropa in diesem Jahrhundert geschehen sind, die Deutschen selbst zum Problem werden lassen. Nun steht die Welt wieder unter dem Alpdruck „des deutschen Problems". Ist es richtig, daß wir nun so tun, als ob uns Berlin nichts oder wenig angehe (so muß man doch die Tatenlosigkeit und die Ideenarmut auslegen, die wir seit Beginn der Krise an den Tag gelegt haben!), daß wir so tun, als sei es unser gutes Recht, zu verlangen, daß „die andern", das heißt unsere Verbündeten und die westliche Welt, sich den Kopf zerbrechen und die Energie aufbringen, um uns aus unserer bedrohten Lage herauszuholen? — So ist es nicht. Die Antwort auf die heutige Berlin-Krise kann nur sein: Berlin ist unser Problem — unser ureigenstes deutsches Problem. Wir müssen uns darüber den Kopf zerbrechen und als unser Schicksal ansehen, damit fertig zu werden; dazu gehört Mut im Denken und Handeln. Die Berlin-Krise ist die Krise des deutschen Schicksals.

Die gegenwärtige Berlin-Situation führt heute zu drei verschiedenen Reaktionen, entweder zur Resignation — die weit verbreitet ist — oder zur Fehleinschätzung des eigenen militärischen oder politischen Potentials, die in dem Glauben an die Macht wurzelt. Die dritte Möglichkeit ist die Bereitschaft zu einer konstruktiven Lösung. — Ist der Plan einer Offenen Stadt Gesamtberlin, den wir als Sonderdruck veröffentlichten, eine solche konstruktive Möglichkeit? — Die bisherige Entwicklung hat nicht gezeigt, daß Gesamtberlin als ein von beiden Teil-Deutschlands konstitutionell unabhängiger Komplex außerhalb der Möglichkeiten für ein Verhandlungsgespräch läge. Im Gegenteil: Der jetzt auch von Nehru vorgeschlagenen UNO-Verlegung nach Berlin geht eine Gesamtberlin-Regelung voraus. Von dem Gedanken eines UNO-Sitzes aus gesehen, ist also Gesamtberlin erneut im Blickfeld. Aus zwei Gründen ist dieser Gedanke fruchtbar: einmal, weil er allen denjenigen, die resignieren wollen, doch noch einen Ausweg zeigt, wie dieses umstrittene Gebiet Berlin gewissermaßen dadurch befriedet werden könnte, daß es aus dem Bereich der beiden Gegensätze in eine höhere — in diesem Falle übernationale und außerhalb der beiden Ideologien liegende — soziale Ebene gehoben wird —, nennen wir sie anstatt eine internationale — ohne romantische Verstiegenheit — eine allgemein menschliche Ebene. — Das ist sozusagen der „ideale", meist für utopisch gehaltene Aspekt: heraus aus dem Zwang der Antagonismen derjenigen beiden Machtgruppen, die sich in Berlin so gefährlich verkrallt haben. — Aber das Bild der UNO in Gesamtberlin erweist sich auch für die Diskussion der Frage, ob eine „offene Stadt" eine Utopie sein muß, fruchtbar, selbst wenn es dem reinen Politiker vielleicht nur ein müdes Lächeln abgewinnt, weil er — allem Idealen verfremdet — auf dem

Wege dahin berechtigterweise viele Steine und Gefahren glaubt erkennen zu müssen. Jedenfalls könnte dieses Bild einer Lösung: UNO in Gesamtberlin, die zunächst in den Wolken zu hängen scheint, die Gedanken anregen, doch nach einem gangbaren Weg in dieser Richtung zu suchen. Es könnte doch sein, daß man im Bemühen, der UNO in Gesamtberlin eine tragfähige Lebensstätte zu bereiten, gerade diejenigen Existenzbedingungen für Gesamtberlin finden würde, mit denen es lebensfähig wäre — auch wenn die UNO dann trotzdem nicht nach Berlin käme. Und dies wäre der zweite positive Aspekt einer Diskussion über die Verlegung des UNO-Sitzes nach Berlin: Damit wird gewissermaßen die Frage nach der inneren Konstitution einer solchen UNO-Stadt Berlin „politisch gesellschaftsfähig".

*

Die Berlin-Frage ist für die gegenwärtige kritische Epoche erst dann gelöst, wenn Berlin die Klammer sein kann, die beide Teile Deutschlands noch zusammenhält, solange sie nicht wiedervereinigt werden können. — Diese Verklammerung ist ein Problem der inneren Verfassung für ein solches Gesamtberlin. Als solche ist diese Verfassung Berlins als eine Klammer der beiden Teile Deutschlands das Anliegen echter deutscher Friedens- und Zukunftspolitik, sofern sie in der Wiedervereinigung ein primäres Anliegen sehen muß. — Dasselbe als das Anliegen unserer westlichen Verbündeten zu fordern, hieße diese überfordern und das Bündnis gefährden. Denn für unsere Verbündeten ist Berlin eine Frage der eigenen nationalen Interessen und des eigenen politischen Prestiges. Die Wiedervereinigung kann nicht ihr primäres Anliegen sein.

Es liegen also die Aufgaben für die Westmächte und die Deutschen in verschiedener Richtung. Natürlich ist die militärisch-politische Macht des Westens nach wie vor das sine qua non in den kommenden Verhandlungen. Aber ohne einen konstruktiven Beitrag aus einem echten politischen Anliegen der Deutschen selbst ist die militärische Macht ohnmächtig, einen echten Fortschritt in der deutschen Frage zu erzwingen. Das ist doch inzwischen deutlich genug geworden durch die Entschleierung der Machtverhältnisse in der Welt. Würde sich das etwa grundsätzlich durch eine Steigerung des militärischen Potentials der BRD ändern können? Ja könnte eine solche Machtpolitik nicht gerade vielleicht das deutsche Problem unlösbar machen? Will man die UNO nach Berlin haben, weil man darin eine Lösung sieht, dann kann man nicht gleichzeitig die alte Linie der politisch-militärischen Status-quo-Politik weiterverfolgen, sonst hebt man die Verwirklichung dieser Lösung wieder auf. Man muß umschalten. Das ist ein fruchtbarer Prozeß. Er läßt wieder Raum zu für den Gedanken, den wir mit dem Wort Koexistenz nicht ganz zutreffend bezeichneten. Der UNO-Gedanke verlangt sogar mehr als die Koexistenz der beiden deutschen Teilstaaten in Berlin; in ihm lebt ja der Begriff der Koexistenz in weltweitem Sinne — einer Verträglichkeit der verschiedensten Richtungen, Entwicklungsstufen, Nationalitäten. Das kann nur fruchtbar sein, wenn über alle Verschiedenheiten hinweg doch etwas menschheitlich Gemeinsames als Realität anerkannt wird (außer der Aufgabe, die Kriegsgefahr zu bannen). Man geht doch bei der UNO davon aus, daß es nur möglich ist, den Frieden zu erhalten, solange man miteinander im Gespräch bleibt. — Warum sollte das nicht auch für die beiden deutschen Teilstaaten gelten?

*

Das, was zur Zeit die Gedanken und die Handlungen im Westen bestimmt, ist ein weltanschaulicher Antikommunismus; das Vordringen des Kommunismus soll mit aller Macht verhindert werden. Kommunismus und Demokratie sind aber beide Entwicklungszustände, die, wie alle Zeiterscheinungen, Übergangsformen in andere Gesellschaftsformen sind. — Es ist ebenso falsch, wenn man im Westen den Kommunismus als den alleinigen Störenfried ansieht und ihn beseitigen möchte, wie es falsch ist, wenn der gläubige Kommunist glaubt, er müsse mit seiner Heilslehre alle Völker der Erde beglücken. Vor einer ernsthaften Geschichtsbetrachtung sind beide Einstellungen primitive Plattheiten. Nur ein einziges System dieser Art von Gesellschaftsordnung auf der Erde wollen, hieße doch verlangen, daß die Geschichtsentwicklung der Menschheit zum Stillstand kommt. Das wird nie und nimmer geschehen. Worum es sich bei unserem Berlin-Vorschlag handelt, ist doch, zu versuchen, den Gegensatz aus der Region gefährlicher Gewaltanwendung herauszuhalten und ihn dafür in einer Zone fruchtbarer Kontroversen und Kontakte zu entmachten. In der journalistischen Terminologie über die Berlin-Krise wird dies neuerdings als die Methode „bewußter Kontaktpolitik" bezeichnet, wie sie die USA mit Osteuropa pflegen. Eine solche Wendung zum Kontakt aber muß notwendigerweise auch eine Wendung in der Verteidigungspolitik nach sich ziehen. Denn mit der UNO-Lösung zusammen kann der Schutz und die Sicherung eines „Kontaktraumes Gesamtberlin" in siebenfacher Weise garantiert werden: durch die Westmächte, den Osten, die BRD und die DDR, die NATO und den Warschauer Pakt und durch die UNO selbst. — Ein Tabu für jeden Gedanken einer Aggression! Der Plan einer UNO-Stadt Berlin und Gesamtberlin als Raum bewußter Kontaktpolitik und Klammer der beiden deutschen Teilstaaten könnte so auch zu einer neuen Orientierung der Verteidigungspolitik in Ost und West Anlaß geben, wenn man einen solchen Stadtstaat (der UNO)

auch seiner inneren Konstitution nach als stabil und widerstandsfähig zwischen und innerhalb politischer Gegensätze erkennen könnte. Deshalb sei diese innere Konstitution noch etwas näher betrachtet.

*

Immer wieder wird dem Plan einer Stadt mit dem Status einer gegliederten Innenstruktur — wie dies vorgeschlagen wurde — entgegengehalten, daß der militante Kommunismus dies nur als eine Aufforderung ansehen würde, durch die sattsam bekannten politisch-ideologischen Durchdringungsmethoden sich dieses Stadtstaates zu bemächtigen (äußere Gewaltanwendung kann wohl auf Grund der vorausgesetzten Garantien ausgeschlossen werden). Welche Befürchtungen bestehen gegenüber einer „ideologischen Überwältigung"? — Man kann zu dem Ergebnis kommen: gar keine, wenn man die unpolitische Stadt Gesamtberlin, wie sie beschrieben wurde, mit der inneren und äußeren Situation derjenigen Staatswesen vergleicht, wo diese Überwältigung durch den politischen Kommunismus stattgefunden hat. Hat der ideologische Kommunismus, das heißt derjenige, dem die politische Machtanwendung entzogen ist, in einem Gesamtberlin überhaupt Aussicht, außer einigen Unbelehrbaren, sich eine Anhängerschaft zu erwerben — in Berlin, wo die Methoden des Herrn Ulbricht so hautnahe Erfahrungen sind? Sind wir unserer Sache so wenig sicher, daß wir glauben, der geringe Prozentsatz von Kommunisten, die bei der Zusammenfassung der Sektoren in einem Gesamtberlin mit „verdaut" werden müßten, könnte als solcher ideologisch eine Gefahr werden? Das ist ein Faktum, das man meist nicht bedenkt. — Und andererseits: Wo sollte für den rein ideologischen, das heißt weltanschaulichen Kommunismus, der keine politische Vertretung in dieser Konstitution des reinen Rechtsstaates haben kann, ein Ansatzpunkt sein in der Sozialstruktur, wenn im Wirtschaftsgebiet nur die Fachleute und Sachkenner zur Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und zum Zwecke von Vertragsschließungen zusammenkommen? Wie soll der ideologische Kommunismus hier überhaupt eindringen können? In der sachlichen Atmosphäre der Wirtschaft stellt sich der ideologische Sozialtheoretiker von selbst kalt.

Ebensowenig wie im Wirtschaftssektor braucht im Bereich des Kultur- und Geisteslebens, sofern es in einer Eigenverwaltung selbständig ist, eine Überwältigung durch eine rein ideologische kommunistische Infiltration befürchtet zu werden. Die sachlichen Probleme von Kunst und Erziehung, die persönlichen Beziehungen zu den Spezialwissenschaften und den religiösen Gemeinschaften bestimmen von sich aus Inhalt und Richtung der sachlichen Auseinandersetzung und der Organisation, innerhalb der sie sich vollziehen. Alles in allem: Auf den drei Einzelgebieten des sozialen Ganzen kann sich dann in dieser aufgelockerten Innenstruktur die sachliche Ebene im sozialen Geschehen immer durchsetzen. Und sie wird es!

Anderen Kritikern erscheinen wiederum andere Fragen unlösbar — zum Beispiel die Frage des Asylrechtes. Im Zusammenhang mit der frischen Erinnerung an die panikartige Fluchtbewegung der Zonenbevölkerung vor dem 13. August wird automatisch mit jeder Öffnung der Grenzen zu der DDR mit dem sofortigen Wiederaufleben des Flüchtlingsstromes in den Westen gerechnet. Was soll dann geschehen? Soll man etwa die Flüchtlinge zurückweisen? Soll Berlin dann verpflichtet sein, Deutschen das Asylrecht zu verweigern? — Zweierlei ist an dieser Vorstellung falsch: Die Freiheit des Verkehrs setzt eine „Vereinbarung zur Wiederherstellung des Vertrauens" voraus. Und nur aus einem solchen heraus kann ja überhaupt eine „Offene Stadt Gesamtberlin" Tatsache werden. Ein solches Übereinkommen bedeutet deshalb zugleich einen ersten Schritt zur Liquidierung des Kalten Krieges. In einer solchen Atmosphäre aber werden sich dann die Kalten Krieger, auch in der DDR nicht mehr halten können. Also: Eine offene Plattform Gesamtberlin erzwingt die Liberalisierung des DDR-Systems, sie hat Konsequenzen, aus denen sich im Zuge der Verhandlungen selbst konkrete Schritte ergeben können. Allein schon die Tatsache, daß eine Periode der Entspannung sich konkret abzeichnet, wird zu einer Beruhigung der Fluchtbewegung nach dem Westen führen. Denn wer verläßt wohl gerne seine Heimat?

Diese psychologische Bremse — (es zieht wieder eine neue Hoffnung ein) gegen eine erneute Fluchtbewegung kann aber nur eine von weiteren Vereinbarungen für den sozialen Frieden unter den Deutschen sein. Man nehme den Menschen die Furcht voreinander und sie sind bereit zu einem neuen Anfang. Man wird gewiß keine Mauern gegen eine Umsiedlung von Personen zu errichten brauchen, die sich aus Gründen des Einzelschicksals eines Menschen ergibt; aber man wird so lange, bis das Vertrauen sich gefestigt hat, die Frage des Asylrechtes doch in Anlehnung an die Gepflogenheit selbständiger Staaten handhaben können. Denn natürlich lassen sich ja die Anomalien, die sich aus einem die Menschheit bedrohenden Weltgegensatz entwickelt haben, nicht mit einem Schlag beseitigen; man wird also gezwungen sein, noch einige Zeit vorsorgliche Maßnahmen zu treffen, um den eingeleiteten Prozeß des Zusammenkommens nicht zu gefährden. Aber psychologisch ist doch der Hauptanlaß für die Fluchtbewegung durch die Reise- und Bewegungsfreiheit schon genommen. Der Zwang schafft erst diesen Drang, ihm zu entrinnen. Wer jederzeit reisen kann, kommt auch zurück.

So könnte sich im konkreten Durchdenken die Lösbarkeit aller unlösbar erscheinenden Probleme zwischen den Deutschen erweisen, wenn — bevor es für alles das zu spät ist — Berlin noch zum Ansatzpunkt für die Auflösung der Verwicklungen gemacht würde, die am Ende zu der Mauer durch Berlin geführt haben. — Die Mauer muß verschwinden. Aber das geht nicht mehr mit Gewalt, ohne daß das Unglück vollständig wird. Es erfordert aber ideellen Mut und einige politische Einfälle. Beginnen wir damit, die Furcht, das Mißtrauen, den ideologischen Prinzipienkampf zunächst in Gesamtberlin zu beseitigen, dann wird die Mauer vielleicht für die ganze Welt fallen.

Berlin ist keine Hauptstadt eines Nationalstaates mehr und wird es nicht mehr sein. Aber es könnte anderes bedeuten — mehr: Die Rettung für das deutsche Volk und eine Hoffnung für den Frieden der Welt. „Laßt uns niemals aus Furcht verhandeln, aber laßt uns niemals Furcht haben, zu verhandeln", sagte Kennedy bei seinem Amtsantritt.

Die Kommenden

Der Text dieses Sonderdruckes erschien in den Ausgaben Nr. 18 vom 25. September 1961, Nr. 20 vom 25. Oktober 1961 und Nr. 22 vom 25. November 1961 der Unabhängigen Zeitschrift für freies Geistesleben DIE KOMMENDEN unter Verantwortung des Herausgebers F. Herbert Hillringhaus, Freiburg i. Br.

10 Thesen zur Lösung des Berlin-Problems

1. Die Vereinten Nationen werden eingeladen, ihren Sitz in eine „Offene Stadt Berlin" zu verlegen. Die Stadt stellt in der ehemaligen zerstörten City den Planungsraum zur Verfügung und beginnt sofort mit den Vorarbeiten für die Errichtung des UN-Zentrums.

2. Die „Offene Stadt Berlin" umfaßt das im Viermächtestatus von 1945 festgelegte Gebiet von „Groß-Berlin".

3. Die Garantien für das Gebiet der „Offenen Stadt Berlin" werden durch ein erneuertes Viermächtestatut von den 4 Mächten des ehemaligen alliierten Kontrollrats übernommen. Bundesrepublik und Deutsche Demokratische Republik sind an dem Abkommen zu beteiligen. Die Staaten der NATO und des Warschauer Paktes sollten das Abkommen mitunterzeichnen.

4. Die Verbindungen der Berliner Wirtschaft mit ihren natürlichen Wirtschaftsräumen (BRD, DDR, Ausland) bleiben vollauf erhalten. Alle Dienstleistungs- und Lieferverträge zwischen den Betrieben des ehemaligen Ost- bzw. Westsektors und den Betrieben der Bundesrepublik bzw. der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ausland sind u n b e d i n g t einzuhalten und weiterzuführen. Sie werden wechselseitig noch stärker ausgebaut.
Die Eigentumsform der Berliner Betriebe kann nur so umgestaltet werden, daß den Arbeitnehmern und den Wirtschaftspartnern aus der Neuordnung des Berlin-Status keine materiellen bzw. ideellen Schäden entstehen, d. h. weder arbeitsrechtliche noch wirtschaftliche Verschlechterungen. Es wird ein Berliner Wirtschaftsrat gebildet. Er ist das Instrument der sich selbstverwaltenden Berliner Wirtschaft.

5. Zur Vereinfachung der Wirtschaftsvorgänge innerhalb des neu geschaffenen Raumes „Groß-Berlin" und zur Erleichterung des steigenden Warenaustausches mit den alten Partnern ist eine eigene Berliner Währung einzuführen. Ihre Relation und Konvertibilität zu den bestehenden Währungen ist festzulegen und zu garantieren. Alle anfallenden Aufgaben werden von der Berliner Zentralbank übernommen. Das gesamte Steueraufkommen des ehemaligen Ost- bzw. Westsektors bleibt in Berlin und steht dem Haushalt der „Offenen Stadt Berlin" voll zur Verfügung.

6. Alle Verkehrs- und Versorgungsverbindungen innerhalb der Stadt aus der Zeit von 1948 werden wiederhergestellt (Telephon, Straßenbahn-, Autobus-, U-Bahn-Linien, gesamtes BVG-Netz). Die städtischen Versorgungsbetriebe Bewag, Gasag, Stadtentwässerung, Wasserwerke, Stadtreinigung usw. werden wiedervereinigt. Die Stadtplanung und damit der gesamte beschleunigte Wiederaufbau werden wieder unter einer obersten Planungsinstanz zusammengefaßt und koordiniert.

7. Die Verkehrsverbindungswege der „Offenen Stadt Berlin" zu ihrem natürlichen Hinterland werden wie vor 1948 wieder geöffnet und dienen dem sich steigernden Warenaustausch und dem Reiseverkehr. Die freien Verbindungen der „Offenen Stadt" durch das Hinterland zu allen Staaten werden garantiert. Sie sind für die Arbeit der UN unerläßlich.

8. Alle kulturellen Einrichtungen beider Teile der Stadt werden in voller Eigenverantwortlichkeit mit den bereits vorhandenen und noch zu erhöhenden öffentlichen Zuschüssen weitergeführt und ausgebaut. Es wird ein Berliner Kulturrat gebildet und verfassungsrechtlich garantiert. Er wird mit allen Weisungsrechten ausgestattet und erhält eine vollständige und ausschließliche Kompetenzfreiheit.

9. Die oberste Berliner Behörde setzt sich aus Vertretern der drei selbständigen und eigenverantwortlichen Gremien der Wirtschaft, der Kultur und des Rechtsbereiches zusammen.

10. Das eigentliche Berliner Staatswesen ist in seiner Funktion auf die Rechtsbeziehungen beschränkt. Es überwacht und verantwortet die Einhaltung der Verfassung der „Offenen Stadt". Es garantiert die Souveränität der drei Verwaltungsgebiete Kultur, Recht und Wirtschaft und ist der Kontrolle eines speziell dafür beauftragten UN-Gouverneurs unterstellt.

Editorial

»Offene Stadt Berlin — Möglichkeit oder Utopie« erschien im Juni und Juli 1961, kurz vor dem Mauerbau, in der unabhängigen Zeitschrift »DIE KOMMENDEN« in Freiburg (Hrsg. H. Hillringhaus) und später als Sonderdruck in 20.000 Ex. Der 2. Teil des Memorandums wurde nach dem 13. August in den Ausgaben Oktober u. November, sowie als Flugblatt veröffentlicht.

Die Gedanken die darin entwickelt wurden, sind nie aufgegriffen worden.

Wie die Memoranden R. Steiners aus dem Jahre 1917 für die Verhandlungsführer von Brest-Litowsk, mit den Grundzügen eines autonomen, gegliederten Mitteleuropa, sind auch die Texte aus dem Jahre 1961 trotz ihrer Modernität in keinem Geschichtsbuch zu finden. Lediglich die Historikerin Prof. Renate Riemeck zieht sie zur Rechenschaft (Mitteleuropa — Bilanz eines Jahrhunderts, 2. Auflage als Fischer Taschenbuch).

Fast 26 Jahre sind seit dem vergangen — eine Lösung der Berlin-Frage nicht in Sicht.
Der Wunsch nach friedlicher Koexistenz hat die Kalte-Kriegs-Mentalität zurückgedrängt. Man hat auf beiden Seiten begriffen, daß es keine Gewaltlösung geben kann, geben darf.
Die Abrüstungsinitiative in jüngster Zeit weckt bei vielen Hoffnung auf Öffnung und größere Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft. Die Berlin- und Deutschland-Frage wird erneut aufgeworfen. Aber stellt sie sich auch *neu*? Gibt es neue Ideen und Ansätze?
Berlin wird zu seinem 750. Geburtstag von beiden Halbstädten staatlich verordnet gefeiert.
Berlin wird aber noch nicht *gedacht*, die Mauer noch nicht erlebt als Denkschulden-Denkmal, als Spiegel.
Wie wenig von dieser Herausforderung an unser Denken gespürt wird, konnte man vor wenigen Tagen erleben als anläßlich des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten in West Berlin ein ganzer Stadtteil völlig abgeriegelt wurde. Mauer-Mentalität.

Der EANOS-VERLAG nimmt diese Herausforderung an und stellt »Offene Stadt Berlin — Möglichkeit oder Utopie«, als Entwurf einer sich selbst verwaltenden, herrschaftsfreien Stadt Gesamt-Berlin neu zur Diskussion.

Wir danken dem Verlag DIE KOMMENDEN für die Abdruckrechte.

Berlin, den 17. Juni 1987